



CHRISTIN CHRIST UND CuS SOZIALISTIN SOZIALIST

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf
3 €

54. Jahrgang
Februar 2002

4/01

Gottfried Orth
**Ohne ihr Wissen
haben manche schon Engel beherbergt**

Bertold Scharf
BRSD – Was tun?

Darius Dunker
Die Basis verbreitern!

Reinhard Gaede
**Unterdrückung
nicht einfach geschehen lassen**

Ulrich Peter
Kein shabat shalom in Berlin

außerdem Rezensionen
von Jürgen Schübelin, Oscar Martínez und Heinz Röhr

**Christin und Sozialistin /
Christ und Sozialist (CuS)**

erscheint seit 1949

Herausgeber

Bund der Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten Deutschlands
(BRSD) e.V. (gegründet 1926)

Redaktion

Darius Dunker	Aachen (verantw.)
Maik Eisfeld	Schlotheim
Udo Fleige	Tübingen
Thorsten de Jong	Aachen
Dörte Münch	Erfurt
Matthias Nauerth	Ellerbek
Christa Peter	Berlin
Ulrich Peter	Berlin
Helmut Pfaff	Frankfurt a. M.
Oliver Wildner	Hamburg

Kontakt und Bezug

s. hintere Umschlaginnenseite

Erscheinungsweise

viermal jährlich

Gestaltung / DTP

Darius Dunker Aachen

Druck

Hephata-Werkstätten
Mönchengladbach
Hergestellt auf Umweltschuttpapier

CuS / BRSD im Internet

www.brsd.de

Webmaster

Werner Nauerth Bad Oeynhausen

ISSN 0945-828-X

Inhalt

THEOLOGIE

Gottfried Orth
Theologische Überlegungen zur
Gastfreundschaft 4

75 JAHRE BRSD

Versöhnungsbund
Gruß zu 75 Jahren BRSD 14
Reinhard Gaede
Unterdrückung nicht einfach geschehen lassen 15

ZUKUNFT DES BRSD

Bertold Scharf
Was tun? 18
Darius Dunker
Die Basis verbreitern! 20

BUNDESNACHRICHTEN

Dank an Martina Ludwig • Glückwunsch an Michael
Bschorr • Trauer um Hildegard Keller 24

NOTIZEN ZUR ZEIT

New York – Berlin (Ulrich Peter) • Kein shabat
shalom in Berlin (Ulrich Peter) 26

BÜCHER

Boris Scharlowski: Prozesse kritischer Öffentlichkeits-
produktion (Jürgen Schübelin) • Roberto Bolaño:
Die Naziliteratur in Amerika (Oscar Martínez) •
Rudolf Weth (Hg.): Das Kreuz Jesu (Heinz Röhr) •
»Dienstag 11. September 2001« und Noam Chomsky:
The Attack (Darius Dunker) 34

AUSSERDEM

Abo- und Mitgliedschafts-Coupon 42
Autorinnen und Autoren 43

...und beschreibe den Himmel, der uns blüht

In einer norddeutschen Großstadt stand ich in der Adventszeit vor einem Schaufenster eines großen Bekleidungsgeschäfts und wunderte mich über die Aufschrift »Weihnachten – seit Hunderten von Jahren: Liebe«, dahinter Karohemden. Mit solcher Art von »Liebeskampagnen«, stets wachsendem Konsumterror und Reportagen zum Jahreswechsel, inwiefern sich Mensch und Euro vertragen, überschattet die Jagd nach Mehr schon längst wieder die Trümmer am »Ground Zero« und den Terror, der durch Unterdrückung und Krieg überall auf der Welt geschieht.

Liebe Leserinnen und Leser,

nun haltet ihr endlich Heft 4/2001 mit Rückblicken, Nachträgen und Ausblicken in den Händen!

Auf vielfachen Wunsch tragen wir nun den Abdruck der Predigt von Reinhard Gaede anlässlich des 75-jährigen Bestehens des BRSD nach – unter der Überschrift »Unterdrückung nicht einfach geschehen lassen« beschließen wir so die Beiträge zum Jubiläumsjahr. Rückblickend hat Ulrich Peter die Stimmung von Terror und Krieg eingefangen. Auch im Ruhrgebiet erlebe ich, wie die sogenannte »Spaßgeneration« mit Ernst, Nachdenklichkeit und dem Bemühen

um differenzierte Informationen und Meinungen die politische Situation und gesellschaftliche Entwicklung verfolgt. Kinder und Jugendliche lassen sich nicht in eine Ecke drängen, in der es nur Spaß und schlechte Bewertungen für ihre schulischen Leistungen gibt, sondern wollen unterstützt werden und etwas verändern. Dieses unterstreicht auch Bertold Scharf, eines unserer jüngsten Mitglieder, in seinem Bericht »Was tun?« im Rückblick auf den Kirchentag in Frankfurt.

Veränderungen standen auch im Mittelpunkt der intensiven Diskussionen auf der Mitgliederversammlung des BRSD Ende Oktober. Die auf mehr Beteiligungsmöglichkeiten ausgerichteten Änderungsvorschläge in Bezug auf unsere Organisationsstrukturen stellt Darius Dunker in diesem Heft vor: Fühlt euch alle aufgerufen mitzudenken und zu handeln!

Lasst uns nicht aufhören, Fantasien und Wünsche für eine gastliche Erde zu entwickeln, so wie es Gottfried Orth in seinen theologischen Überlegungen zur Gastfreundschaft tut! Lasst uns an der Erfüllung unserer Fantasien und Wünsche arbeiten: Komm, bau ein Haus, ...

Ein segensreiches Jahr wünscht euch im Namen der Redaktion

Dörte Münch

Ohne ihr Wissen haben manche schon Engel beherbergt

Theologische Überlegungen zur Gastfreundschaft

Gastfreundschaft ist nicht zuerst und nicht allein ein Begriff säkularer Ethik, sondern Gastfreundschaft ist in allen Kulturen eine tief religiös fundierte Praxis. Um zu bedenken, welche Wurzeln uns tragen, denkt GOTTFRIED ORTH aus christlicher Perspektive darüber nach.

1. Gastfreundschaft in der hebräischen Bibel und im Judentum – die Wurzeln christlichen Glaubens und seiner Ethik der Gastfreundschaft

Die Befreiung aus ägyptischer Sklaverei ist die Gotteserfahrung, die Israels Glaube und Theologie begründet; an dieser Gotteserfahrung dürfen Christen als hinzugekommene Heiden teilhaben. Auf dem Weg durch die Wüste, der der Befreiung folgt, erweist sich Jahwe als großzügiger Gastgeber: er speist, trinkt, verteidigt und schützt sein Volk (Exodus 16f). So gehört zur ursprünglichen Gotteserfahrung der Befreiung des jüdischen Volkes gleich ursprünglich seine Erfahrung von Gottes Gastfreundschaft.

Wie bei allen Völkern des Orients galt es auch in Israel als heilige Pflicht, Gastfreundschaft zu üben. Die hebräische Bibel schildert dies in den Geschichten der heiligen Heiden, der Väter, wie in den Erzählungen aus der frühen Zeit Israels ausführlich. Abraham beispielsweise lädt drei Männer in

sein Zelt ein und bewirtet sie mit seiner Frau liebevoll (Genesis 18): Ohne es zu wissen, hatten Abraham und Sara drei Engel aufgenommen. Das Buch der Richter berichtet vorwurfsvoll von den Bewohnern der Stadt Gibeon, weil sie Fremden keine Aufnahme gewährten (Richter 19, 15). Und in späterer Zeit erläutert Hiob als ein Zeichen seiner Frömmigkeit, nicht seiner moralischen Qualitäten, sondern als Zeichen seines Glaubens sagt Hiob: »Der Fremde durfte nicht im Freien übernachten, meine Tür öffnete ich dem Wanderer« (Hiob 31,32).

Gastfreundschaft bedeutet dabei zunächst dreierlei: Dem Fremden wird nach Betreten des Zeltes oder des Hauses Wasser zum Waschen der Füße gereicht, es wird ein Mahl für ihn zubereitet, seine Reit- und Lasttiere werden versorgt, und das Haus des Gastgebers gewährt ihm Schutz. Es geht also um das leibliche Wohl des Fremden, die Versorgung seiner Tiere und sein physischer Schutz, wenn von Gastfreundschaft die Rede ist.

Solche Gastfreundschaft – unter Menschen Zeichen der Frömmigkeit und der daraus erwachsenden ethischen Verpflichtung – gewährt auch, seit dem Befreiungsweg durch die Wüste, Gott selbst. Der 23. Psalm – ein Asylpsalm ursprünglich – handelt davon: Der Herr ist mein Hirte, lobt ein Asylsuchender seinen Gott. Das ist die große Hoffnung Israels: Gott offenbart sich am Ende der Geschichte für alle Völker auf dem Zion als großzügiger Gastgeber (Jesaja 25, 6ff).

Zu der grundlegenden Erfahrung Gottes als des Befreiers aus der ägyptischen Sklaverei kommt im Laufe der Geschichte Israels die zweite zentrale Erfahrung Gottes für das Volk Israel in der Erzählung der Schöpfung von Himmel und Erde. Die Erde wird als Gottes Schöpfung und als sein Eigentum geglaubt: »Dem Herrn gehört die Erde und was sie erfüllt, der Erdkreis und seine Bewohner. Denn er hat ihn auf Meere gegründet, ihn über Ströme befestigt« (Psalm 24, 1 und 2). Dem korrespondiert das Bekenntnis des Psalmbeters: »Ich bin nur Gast auf Erden« (Psalm 119, 19). Dem Gaststatus des frommen Psalmbeters korrespondiert die großzügige Gastfreundschaft Gottes: »Sehet da, spricht Gott, ich habe euch gegeben alle Pflanzen, die Samen bringen, auf der ganzen Erde, und alle Bäume mit Früchten, die Samen bringen, zu eurer Speise«, wie es im ersten Schöpfungsbericht des Alten Testaments, der hebräischen Bibel heißt (Genesis 1,29).

Dabei wird die Gastfreundschaft nicht eigens als Gebot der Thora aufgetragen, aber sie begleitet den gesamten Lebensweg des Volkes Israel wie des einzelnen Juden auf dem Weg durch die (Lebens-)Geschichte. »Das nachbiblische jüdische Schrifttum widmet dieser religiösen Pflicht besondere Aufmerksamkeit; sie gehört zu den Grundlagen der Mitmenschlichkeit und damit auch der Wohlfahrtspflege. Die Gastfreundschaft ge-

hört zu den Hauptaufgaben des gläubigen Menschen, für die ihm der Lohn im Diesseits und im Jenseits gewiss ist (Mischna Peah 1,1) [...] Zudem schreibt das Brauchtum vor, zum festlichen Familienmahl an Sabbat und Feiertagen einen armen Gast aus der Synagoge mitzubringen und diesem den Ehrenplatz zu geben. Das Passahmahl wird mit dem Ruf eingeleitet: »Jeder Hungerige komme und esse mit uns, jeder Bedürftige schließe sich unserem Pessachmahl an!«¹ Doch nicht nur zur Gastfreundschaft wird aufgefordert, sondern ebenso ergeht an die Gäste die lebensfrohe Weisung: »Zur Stunde des Aufbruchs sei nicht der Letzte, eile heim und tue da, was dich gelüstet« (Sirach 32,11). All' dies, was ich nur angedeutet habe, gehört grundlegend auch zu Glaube und Praxis christlicher Gastfreundschaft. Das wird der Blick auf das Neue Testament verdeutlichen, dem wir uns nun zuwenden.

2. Gastfreundschaft im Neuen Testament und im Christentum

An Gastfreundschaft mangelte es in Bethlehem, als Maria und Josef auf der Suche nach einer Bleibe waren für sich und die Geburt ihres Kindes: alle Gasthäuser waren belegt, sie fanden keine Herberge (Lukas 2) und das Kind kam in einer Krippe im Stall zur Welt.

Doch diese erste Erfahrung hinderte Jesus nicht daran, in seinem Leben immer wieder zu einem vortrefflichen Gastgeber zu werden. Ein erstes Beispiel: Da waren Menschen in der Wüste, sie lagerten, um Jesus zuzuhören – und sie bekamen Hunger. Doch es gab weit und breit kaum etwas zu essen – außer fünf Broten und zwei Fischen. »Da nahm Jesus die fünf Brote und die zwei Fische, blickte zum Himmel auf, sprach das Dankgebet darüber, brach die

¹ M. M. Ydit, Art. Gastfreundschaft. 1. Jüdisch. In: Lexikon religiöser Grundbegriffe. Judentum, Christentum, Islam. 1987. Sp. 294-296, hier Sp. 295.

Brote und gab sie den Jüngern, damit sie sie den Menschen vorlegten, und die zwei Fische teilte er unter alle. Und alle aßen und wurden satt.« (Markus 6, 30ff) Was kann einem Gastgeber oder einer Gastgeberin besseres passieren als: alle essen und alle werden satt!

Die Szene erinnert an Israels Auszug aus Ägypten, als Gott die Israeliten auf dem Weg durch die Wüste mit dem Manna speiste. Und die Szene weist vorweg auf das Abendmahl, in dem Jesus nicht nur der Gastgeber, sondern ebenso die Gabe ist: »Und als sie aßen, nahm er das Brot, sprach das Dankgebet darüber, brach es, gab es ihnen und sprach: Nehmet! Das ist mein Leib. Und er nahm den Kelch, sprach das Dankgebet darüber und gab ihnen denselben; und sie tranken alle daraus. Und er sprach zu ihnen: »Das ist mein Blut des Bundes, das für viele vergossen wird.« – nach dem Bericht des Markus (Markus 14, 22-25) und der anderen Evangelisten so geschehen am Tag vor der Gefangennahme Jesu in Gethsemane. Und schließlich: Die Geschichte von der Speisung der Fünftausend ist Hinweis auf jenes himmlische Gastmahl, von dem es heißt, dass Jesus dazu einlädt, sich die Schürze umbindet, um seine Gäste zu bedienen (Lukas 12, 37). Es gibt eine reiche Tradition von Geschichten der Gastfreundschaft im Leben und im Glauben Jesu.

Und doch setzt sich gleichsam als Gegenbild die Ungastlichkeit der Menschen in Bethlehem Maria und Josef gegenüber in den Evangelien auch weiter fort: An Gastfreundschaft mangelte es insgesamt auf Erden, als das Wort Fleisch wurde – »und die Seinen nahmen ihn nicht auf« (Johannes 1). Der Weg in die Fremde wurde für Jesus zum Weg in eine ungastliche Welt: Er hatte keinen Ort, wo er sein Haupt hinlegen konnte (Matthäus 8,20) – bis die römischen Machthaber ihn dann ganz hinaus trieben nach Golgatha ans Kreuz, damit alles beim Alten

bleiben konnte und die Menschen einander nicht Gäste und Gastgeber werden, sondern Herrscher und Beherrschte bleiben.

Doch spannend sind die Ausnahmen jener allgemein vorherrschenden Ungastlichkeit, die man danach von Jesus als Gast und von seinen Gastgebern zu erzählen nicht müde wurde, die Unterbrechungen gängiger Praxis sind entscheidend: Jesus war als Gast bei der Hochzeit zu Kana und trug dazu bei, dass das Fest gelingen konnte (Johannes 2). Sünder und Zöllner nahmen ihn auf, Zacchäus zum Beispiel (Lukas 19) konnte Jesu als Gast in seinem Haus begrüßen und bewirten. Als Gast besuchte Jesus die Schwiegermutter des Petrus (Matthäus 8, 14ff); Maria und Martha gehören zu denen, die Jesus Gastfreundschaft gewährten (Lukas 10, 38ff). Als Gast feierte Jesus mit den Menschen, er ließ sich bewirten und er lud die Menschen zur Umkehr ein, er heilte sie wie die Schwiegermutter des Petrus und er lehrte sie wie Martha.

Diese Gastfreundschaft Jesu und derer, die ihn gastfrei aufnahmen, waren Beispiel für die ersten christlichen Gemeinden, die »abwechselnd von Haus zu Haus« einander Gastgeber und Gastgeberinnen wie Gäste waren (Apostelgeschichte 2, 42-47), und solche Gastgeberchaft führte sogleich zu verändertem Leben: »Die Menge der Gläubigen war ein Herz und eine Seele; und kein einziger sagte, dass seine Güter noch sein Eigentum wären, sondern es gehörte ihnen alles gemeinsam. [...] Es gab auch keinen unter ihnen, der Mangel zu leiden hatte[...]; jeder erhielt, was er nötig hatte« (Apostelgeschichte 4, 32-35). Gelebte Gastfreundschaft, das verdeutlicht dieser kleine Text aus der Apostelgeschichte, hat sogleich bedeutsame ökonomische Folgen: Privateigentum wird aufgehoben, alles gehört allen gemeinsam; wenn Gastfreundschaft geübt wird, haben alle genug, da braucht es kein privates, geraubtes Eigentum mehr, denn

jede und jeder erhalten, was nötig ist. Auch wenn es in der christlichen Urgemeinde vielleicht nie so praktiziert wurde, das war die Hoffnung der frühen christlichen Gemeinden: wir leben Gastfreundschaft und zeigen so der Gesellschaft um uns herum eine Alternative, wie Leben gelingen kann.

Auch für das Leben der Apostel, die das Evangelium von der Gastfreundschaft Jesu verkündeten, war Gastfreundschaft eine elementare Voraussetzung. Sie waren auf Gastfreundschaft angewiesen (Dritter Brief des Johannes 5-8), sie rechneten damit, aufgenommen zu werden (Brief an die Kolosser 4,3), wobei sie als Gäste nicht zur Last fallen wollten, weshalb Paulus oft erwähnt, dass er seinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit verdiente (Erster Brief an die Thessalonicher 2,9).

Unsichere Praxis zum einen und Bedeutung der Gastfreundschaft zum andern werden schließlich unterstrichen durch die häufigen Mahnungen zur Gastfreundschaft in den Briefen des Neuen Testaments: »Pfl eget die Gastfreundschaft« (Brief an die Römer 12, 13). »Seid gastfrei zueinander, ohne euch zu beklagen« (Erster Brief des Petrus 4,9). Oder im Hebräerbrief, erinnernd ganz an den Anfang der biblischen Traditionen zur Gastfreundschaft, als Abraham die drei Männer als Gäste aufnahm: »Der Gastfreundschaft vergesset nicht!, denn durch diese haben etliche ohne ihr Wissen Engel beherbergt.« (Brief an die Hebräer 13,2) – nicht nur Engel, so können wir hinzufügen, sondern Jesus selbst, der gesagt hat: »Indem ihr einen, der fremd ist, beherbergt, habt ihr mich beherbergt (Matthäus 25, 35). Gastfreundschaft wird so in der großen Rede vom Endgericht, die Matthäus Jesus in den Mund legt, nicht nur zu einem Dienst an den Menschen, sondern ganz zentral auch Jesusdienst. Gastfreundschaft ist Gottesdienst.

Die ersten christlichen Gemeinden haben die Anweisungen zur Gastfreundschaft großzügig befolgt. So rühmt Clemens an den Korinthern »die großartige Weise ihrer Gastfreundschaft«. Chrysostomos berichtet, die Gemeinde von Antiochien habe täglich 3000 Witwen, Fremde und Kranke gekleidet und gespeist. Polykarp reflektiert die Gastfreundschaft theologisch, wenn er darauf hinweist, dass die Kirche, die »in der Fremde wohnt«, die »Abbilder der wahren Liebe« aufnimmt und ihnen Geleit gibt. Gastfreundschaft wird hier verstanden als Antwort auf die Gnade der Aufnahme durch Jesus Christus; der Christ wie die Christin üben die Gastfreundschaft, weil sie auf Erden Fremdlinge und Gäste sind ohne eine bleibende Stätte.

Für die Entwicklung des Gedankens und der Praxis der Gastfreundschaft besonders bedeutsam wurde schließlich die Regel des Heiligen Benedikt, des Gründers des Benediktinerordens. In ihr heißt es: »Alle ankommenden Gäste sollen wie Christus aufgenommen werden, weil dieser selbst einst sprechen wird: Ich war ein Fremdling, und ihr habt mich aufgenommen. [...] Der Obere soll wegen der Gäste das reguläre Fasten brechen. [...] Der Aufnahme von Armen und Pilgern werde vor allem die größte Sorgfalt zugewandt; denn in ihnen wird Christus besonders aufgenommen.« Selbst das reguläre Fasten, soll der Abt unterbrechen, wenn Gäste vor der Türe stehen. Die Menschen, das macht diese Regel deutlich, sind wichtiger als religiöse oder soziale Ordnungen: Der Sabbat ist für den Menschen, nicht der Mensch für den Sabbat gemacht.

Oder denken wir an Martin Luther und seine Frau Katharina von Bora und ihr offenes Pfarrhaus, das viele Jahrhunderte zum Maßstab der Gastfreundschaft evangelischer Pfarrhäuser und von da ausstrahlend evangelischer Gemeinde geworden ist. Für Luther war Gastfreundschaft fast synonym

mit Kirche: »Gastfreiheit ist an allen Orten, wo Kirche ist«², wusste er selbstverständlich festzuhalten. Dabei sollen »die Gastmähler dazu dienen, dass sie die Herzen fröhlich machen und nach Traurigkeit das Gemüt wieder erquicken«³. Und schließlich erinnert Luther an die Kirchenväter: »Die Väter haben durch die Gastfreiheit aus ihren Häusern einen Himmel und Tempel Gottes gemacht, und solche ihre Kinder auch gelehrt.«⁴ Nicht nur Engel werden beherbergt, sondern das Haus wird zum Himmel denen, die gastfreundlich leben!

3. Gastfreundschaft im Koran und im Islam

In vielen Koranversen und Überlieferungen wird den Muslimen die Gastfreundschaft empfohlen; so heißt es z. B. in Sure 9, Vers 6: »Wenn ein Heide Zuflucht bei dir sucht, so gib ihm Gastfreundschaft [...] dann hilf ihm, an einen sicheren Ort zu kommen.« Nicht nur den eigenen Glaubensgenossen und -genossinnen gegenüber ist also die Gastfreundschaft zu üben, sondern ebenso jenen, die Asyl suchen, ist es zu gewähren, selbst wenn sie ungläubig sind. Doch nicht erst die Situation der Asylsuche nötigt Muslime zur Gastfreundschaft, auch der normale Wanderer erfreut sich besonderer sozialer und ethischer Zuwendung. An ihn kann beispielsweise der »zakat«, die jährliche Sozialabgabe, die 2,5% des Handelsumsatzes oder des Wertes der im Eigentum befindlichen Pretiosen beträgt – also eine ganze Menge! – abgeführt werden. Gemäß der Tradition wird dabei Gastfreundschaft drei Tage lang völlig kostenfrei gewährt. So wurden Fremde früher in muslimischen Ländern in Hospizen drei Tage lang bewirtet – ohne dass auch nur jemand nach dem Namen fragte. Gastfreundschaft über religiöse und nationale Grenzen hinweg war so eine selbstverständlich geübte Praxis.

4. Gastfreundschaft heute in Kirche und Gesellschaft

Auf drei Gesichtspunkte möchte ich hinweisen: Ich möchte zunächst allgemein nach der Bedeutung der Gastfreundschaft für eine biblisch inspirierte Erinnerungskultur fragen, für die ich allen Unkenrufen des so genannten Traditionsabbruches zum Trotz plädiere; dabei geht es eher um die gesellschaftliche und kirchliche Bedeutung der Gastfreundschaft; in einer zweiten Überlegung betone ich die politische Relevanz des Gedankens der Gastfreundschaft im jüdisch-christlich-muslimischen Miteinander unserer Gesellschaft und hinsichtlich der Asylfrage; abschließend geht es mir um Fantasien und Wünsche für eine gastliche Erde.

Die Überlegungen werden zeigen, wie wahrgenommene Gastfreundschaft unsere Beziehungen in einer Kirchengemeinde wie in der Gesellschaft verändern können und wie solche Gastfreundschaft sich nicht nur richtet an die »eigenen Leute«, sondern weiterdrängt zu den anderen, fremden, darunter zu solchen, die unserer Gastfreundschaft dringendst bedürfen und denen sie politisch in Europa und Deutschland immer mehr vorenthalten wird: politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich verfolgten Menschen. Da gibt es – wie in den religiösen Traditionen – keine Grenze: Gastfreundschaft ist nur ungeteilt jenes kulturelle Gut, zu dessen Bewahrung und immer wieder neuer Inszenierung die religiösen Traditionen uns herausfordern aus normalem Leben.

4.1. Gastfreundschaft als Teil einer biblisch inspirierten Erinnerungskultur

Die jüdisch-christlich tief religiös fundierte Forderung und Praxis der Gastfreundschaft, die ihr Pendant in den muslimischen Traditionen hat, ist als erstes festzuhalten. Hier sehe ich für Kirchen und Gemeinden zunächst als zentrale Aufgabe

an, diese Traditionen zu aktualisieren und so daran festzuhalten, dass nicht nur theoretisch, sondern ablesbar an konkreten Handlungsvollzügen gelebter Gastlichkeit deutlich wird, dass und wie wir in einer biblisch inspirierten Erinnerungskultur leben. Unser Tun predigt viel mehr als unsere Worte. Und ohne gelebte Gastfreundschaft droht das Verhältnis zu den Nächsten und Fremden der platten Monetarisierung und Kapitalisierung der Gastronomie- oder Rüstungswirtschaft zu verfallen.

Denn mit den biblischen und anderen religiösen Traditionen war der Umgang mit dem Fremden auf eine neue Stufe der kulturellen Entwicklung getreten: In der Gastfreundschaft wurde realisiert, dass der Fremde, der unter dem besonderen Schutz der Gottheit steht, besondere Gunst genießt, wodurch die sich an seiner Andersartigkeit entzündende Aggression gebändigt und nicht sogleich militärisch ausgetragen wurde: Fremden und Gästen begegnet man gewaltfrei. Ohne die Aufrechterhaltung und/oder Verlebendigung dieser Erinnerung verfallen die bewirtenden Häuser – die Wirtschaftshäuser – gänzlich zu (fast-)food-Betrieben und »Bettenbunkern« und der friedliche Umgang mit fremden und nächsten Menschen droht zunehmend aggressiver wieder zu werden. An diese Tradition, die ja zugleich eine Vision beinhaltet, gilt es anzuknüpfen; sie gilt es zu leben.

Visionen von Gastfreundschaft und ihren Folgen, Visionen gelingendem Leben würden dann aus gelebter Tradition freigesetzt und das Volk bräuchte nicht zugrunde zu gehen, weil es Visionen erzählt und auslegt, erspielt und weitergibt, erfindet und praktiziert. Denn, so wissen es die Sprüche (Sprüche 29, 18) zu berichten: Ein Volk ohne Vision geht zugrunde. Oder in der Übersetzung Luthers: Ohne Verheißung wird das Volk wüst und wild. Nach innen verwüstet es ohne Gastfreundschaft und nach außen

hin wird es den Fremden gegenüber aggressiv.

Als erste und entscheidende Aufgabe erscheint mir deshalb folgendes wichtig: Unsere Gesellschaft ist nicht mehr durch Traditionen geleitet; und dies ist ebenso befreiend wie es positiv zu werten ist. Umso mehr aber erscheint es mir nötig, jetzt Erinnerungsarbeit zu leisten und die Traditionen nicht einfach auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Traditionen nämlich ermöglichen uns immer auch Freiheitspielräume und Alternativen zur herrschenden (Un-) Ordnung zu finden; sie bewahren Träume und Hoffnungen und setzen Visionen frei, die durchaus noch unabgegolten sind; sie ermöglichen Verhaltensweisen, die durchaus quer stehen, zu dem, was wir als üblich zu glauben und tun uns angewöhnt haben. Traditionen ermöglichen Unterbrechung!

Haben wir früher als »68er« Traditionen und die Bestimmung unseres Lebens durch sie als autoritär empfunden, dagegen protestiert und sie mit Recht abgelehnt, so sehen wir heute – nach dem befreienden Ende der Traditionsleitung der Gesellschaft – Traditionen durchaus auch in einem anderen, gerade auch Freiheit eröffnenden Licht: Die Traditionen der Gastfreundschaft ermöglichen es uns, Nächste und Fremde anders zu sehen als solche, die unser eigenes Leben einschränken und/oder bedrohen: »ohne ihr Wissen haben manche schon Engel beherbergt« – diese biblische Erfahrung könnte auch uns es ermöglichen, neue Erfahrungen mit unserer Alltagserfahrung mit fremden Menschen zu machen, unser Haus – mit Martin Luther – als Himmel zu erleben. Fremde zu beherbergen, Gastfreundschaft zu üben, das könnte zu einer Lernchance

² WA 43,2,29-30.

³ WA 43,146,17-19.

⁴ Vgl. Luthers Sämtliche Werke, hrsg. v. J. G. Walch. Groß Oesingen 1986. Bd. 1, 1721.

werden, uns und die anderen mit neuen Augen wahrzunehmen, engelhafte Erfahrungen zu machen; wir alle, Gastgeber und Gäste, haben hier keine bleibende Stadt – auch daran können uns die Engel erinnern.

Die Erde ist des Herrn, sie gehört Gott und er ist der erste Gastgeber, der Gastgeber für alle Menschen (Psalm 24). Die Erde ist nicht unser Eigentum, sondern alle, Gastgeber und Gäste, Einheimische und Fremde, Menschen, zwischen denen Gastfreundschaft nötig ist, sind zuerst und zuletzt Gäste Gottes auf seiner Erde; und erst dann – in dieser prinzipiellen Gleichheit – haben – auf Zeit – Einheimische und Fremde, Gastgeber und Gäste unterschiedliche Rollen. Ihre Bürgerschaft haben diese alle bei Gott, Fremde und Gäste sind sie alle auf Erden.

Doch indem ich dies formuliere, kommt mir die Frage, ob dies noch ein Gedanke ist, der Eingang finden kann in gegenwärtiges Leben: Sind das nicht fremd gewordene Wörter und Vorstellungen aus alter, grauer Vorzeit, uns heutigen, die wir alles in Besitz zu nehmen gewillt sind, unverständlich geworden wie eine längst sterbende, alte Sprache, die wir verlernt haben?

Wenn dies so ist, gibt es eine Alternative: entweder wir lassen diese alte Sprache ganz sterben, wie so viele alte Sprachen, Kulturen und Völker, oder wir entdecken, dass eine solche alte Sprache Erfahrungsräume und Hoffnungsmöglichkeiten bereitstellt und Visionen eröffnet, die es erst einmal auszuprobieren gälte, ehe wir sie vergessen. Mein Vorschlag: Könnten wir nicht versuchen, in diese alte Sprache gleichsam hineinzuschlüpfen, sie wie eine Fremdsprache zu lernen, ihre Wörter zu üben, ihre Erfahrungen uns leihen von Früheren, die so lebten? Angesichts der Fülle und der Konsistenz der jüdisch-christlich-muslimischen Überlieferung im Blick auf die Gastfreundschaft, könnte es lohnend sein, sie uns vielleicht zunächst (auch »nur«) spielerisch neu

anzueignen, sie auszuprobieren – und abzuwarten, was geschieht.

Lasst uns so tun, als ob Gastfreundschaft gelingen könnte, als ob der Himmel in unseren Häusern möglich wäre. Unsere Erfahrungen sind vielfach andere, Deutschland wird zu einem ungastlichen Land. Das ist nicht weg zu diskutieren oder weg zu hoffen oder zu überspielen. Aber zugleich mit dieser Erfahrung der Fremdenfeindlichkeit, des Rassismus und des Antisemitismus, der Gewalt und des Rechtsextremismus ist unsere Hoffnung zu nennen und es ist ja nicht lediglich unsere Hoffnung, sondern wir glauben sie als Verheißung Gottes für seine Erde: die Hoffnung auf Gastfreundschaft.

Ohne diesen Widerspruch – zwischen unserer Erfahrung und unserer Hoffnung – werden wir unehrlich. Aber diesen Widerspruch benennen und zugleich Gastfreundschaft einzuüben, als ob sie gelingen könnte – das erscheint mir von zentraler Bedeutung. Dann wird die Hoffnung praktisch und jede gastfreundliche Geste hat ihren Wert in sich – auch wenn drumherum Konkurrenz und Unfreundlichkeit die Oberhand behalten und Fremdenfeindlichkeit viel eher die mediale Wirklichkeit bestimmt als Erfahrungen gelingender Gastfreundschaft. Lasst uns so tun, als ob Gastfreundschaft gelingen könnte!

Ein solcher spielerischer Zugang zu ungewohnten Erfahrungen und Erkenntnissen bedarf freilich eines symbolisch inszenierten Raumes, der zu Ungewohntem verlockt und zugleich im Ungewohnten schützt: die Kirchengemeinde, der Kirchen- oder Gemeinderaum könnte ein solcher Raum sein, der einlädt, Gastsein zu spielen, sich bedienen und sich dienen zu lassen, um zu entdecken, welches Lebensgefühl, welche Erfahrungen und vielleicht welche neuen Handlungsmöglichkeiten und Erkenntnisse dies freisetzt. Niemand weiß im Voraus, ob dies gelingt, aber ein Versuch könnte es wert

sein, das, was die Väter und Mütter im Glauben als ihre Lebensgewissheit empfangen – das Bürgerrecht im Himmel und das Gastspiel auf Erden –, zu erspielen. Und der Pfarrherr oder die Pfarrerin wären vielleicht die Wirtsleute, entsprechend der alten Bedeutung des lateinischen Wortes »parochus«, dt. »Gastgeber, Gastwirt«.

4.2. Das Miteinander von Menschen verschiedener Religionen und die Frage des Asyls

Juden, Christen und Muslime haben hinsichtlich der ihnen aufgetragenen Gastfreundschaft ähnliche Wurzeln; sie greifen auf parallele Vorstellungen zurück, haben eine geschichtliche und gegenwärtige ‚Vorzeigepaxis‘ und sind doch vielfach dahinter zurückgeblieben. Steckt in diesen gemeinsamen Traditionen nicht die Möglichkeit, heute einander Gäste und Gastgeber zu sein?

Kürzlich war »Tag der offenen Tür« in der Moschee einer süddeutschen Kleinstadt. Viele Christinnen und Christen sowie Bürgerinnen und Bürger ohne religiöse Bindung waren erstmals in ihrem Leben in einer Moschee in Deutschland. Sie waren Gäste, wurden bewirtet, konnten besichtigen, wurden geführt und hatten die Gelegenheit, einem der Gebete beizuwohnen. Es war ein schöner Tag, ein friedliches und gastliches Miteinander. Von einer der Kirchen in jener süddeutschen Kleinstadt habe ich noch nicht von einem expliziten »Tag der offenen Tür« gehört, an dem Fremde eingeladen und bewirtet werden, Kirche zu entdecken und zu erkunden – zu selbstverständlich erscheint uns hoch, was längst unselbstverständlich geworden ist. Zu gemeinsamen Kindergottesdiensten haben christliche Kinder einer westdeutschen Großstadt vor Jahren schon muslimische Kinder eingeladen, manche kamen, und am Ende wurde ein Fest gefeiert mit den Eltern; Kinder und Erwachsene spielten einander Gäste und Gastgeber mit frem-

den Speisen und Getränken. Es waren vielfältige und bunte Kindergottesdienste und ein gastliches Fest am Ende, wo die Rollen wechselten zwischen Gastgebern und Gästen, wo Menschen einander dienten und sich bedienten.

Diese ganz kleinen Beispiele können verdeutlichen: Hier gibt es Lebens-, Erfahrungs- und Lernchancen auf allen Seiten – und sie gründen in einander verwandten religiösen und ethischen Traditionen. ‚Kleinigkeiten‘ an den Werk- und an den Sonntagen können das Klima zwischen einander fremden Verwandten verändern, damit aus Verwandten, die sich ja keiner aussuchen kann, Freunde werden können – wir müssen nur damit beginnen.

Doch solche »Kleinigkeiten« können nicht zuletzt auch zu gesellschaftlichen »Klimaveränderungen« beitragen, die es ermöglichen, die Türen unseres Landes für Asylsuchende, die fast verschlossen wurden, wieder zu öffnen, und die es jenen erleichtern, die in ihren Kirchen und Gemeindehäusern Gastfreundschaft denen anbieten, die verfolgt wurden, sich in Deutschland in Sicherheit wählten und nun wieder das Land verlassen sollen.

Auch das Asyl gehört in den jüdisch-christlich-muslimischen Traditionen zum Grundbestand der Gastfreundschaft: Verfolgte Menschen sind aufzunehmen und zu schützen, so wie es der 23. Psalm von jenem Asylsuchenden besingt, der »im Hause des Herrn immerdar bleiben will«. Er will hier bleiben, nicht weil er vielleicht auch fromm und gottesfürchtig ist, sondern weil hier ein gastlicher Asyl- und Schutzraum sich öffnet denen gegenüber, die ihm nachstellen. Aus Erfahrungen des »finsternen Tales« heraus betet der Psalmdichter diesen Psalm. Aus Erfahrungen des Hitler-Faschismus heraus hatte der Parlamentarische Rat das großzügige Asylrecht des deutschen Grundgesetzes formuliert: Die Menschen damals wuss-

ten wie der Beter des 23. Psalms, was es heißt, verfolgt zu werden, und was es in dieser Situation bedeutet, beschützt und als Gast aufgenommen zu werden.

Mehr und mehr in den vergangenen Jahren wurde dieses Recht eingegrenzt – kaum noch erreichen verfolgte Männer, Frauen und Kinder unser Land. Eine Besinnung auf die biblische Erinnerung der Gastfreundschaft muss in dieser Situation den Appell einschließen: Höhlt das Recht auf Asyl nicht weiter aus, sondern öffnet die Grenzen für verfolgte und ebenso für wirtschaftliche Not leidende, sonst vielleicht verhungernde Menschen! Wir dürfen uns nicht herausuchen wollen, wer unserer Gastfreundschaft bedürftig ist! Lasst die Bedürftigkeit der Menschen unser Handeln bestimmen, und hören wir auf, den Bedarf von Menschen vorab zu definieren, d.h. zu begrenzen! Gastfreundschaft ist unteilbar, denn die Erde gehört Gott, und nicht denen, die zufällig darauf wohnen.

4.3. Fantasien und Wünsche für eine gastliche Erde

Es gibt ein Lied, das wir auf Kirchentagen oft singen und das nun auch in unserem Evangelischen Gesangbuch seinen Platz gefunden hat, ein Lied universaler Gastfreundschaft:

*»Komm bau ein Haus, das uns beschützt,
pflanz einen Baum, der Schatten wirft,
und beschreibe den Himmel, der uns blüht,
und beschreibe den Himmel, der uns blüht.*

*Lad viele Tiere ein ins Haus und füttere sie
bei unserm Baum*

*Lass sie dort munter spielen, wo keiner
ihre Kreise sperrt,
lass sie dort lange spielen, wo der Himmel
blüht.*

*Lad viele Kinder ein ins Haus, versammle
sie bei unserm Baum,*

*lass sie dort fröhlich tanzen, wo keiner ihre
Kreise stört,
lass sie dort lange tanzen, wo der Himmel
blüht.*

*Lad viele Alte ein ins Haus, bewirte sie bei
unserm Baum,
lass sie dort frei erzählen, von Kreisen, die
ihr Leben zog,
lass sie dort lang erzählen, wo der Himmel
blüht.*

*Komm, wohn mit mir in diesem Haus, be-
geiße mit mir diesen Baum,
dann wird die Freude wachsen, weil unser
Leben Kreise zieht,
dann wird die Freude wachsen, wo der
Himmel blüht.*

*Komm bau ein Haus, das uns beschützt,
pflanz einen Baum, der Schatten wirft,
und beschreibe den Himmel, der uns blüht,
und beschreibe den Himmel, der uns
blüht.«⁵*

Eigentlich müssten wir dies Lied nun gemeinsam singen, um nicht nur den gelungenen Text zu lesen, sondern auch die Dynamik seiner Melodie zu erspüren, die uns hinein ziehen will in die Freude der Gastfreundschaft gegenüber Tieren, Kindern, Alten und uns selbst – dann wird die Freude wachsen, weil unser Leben Kreise zieht.

Mich faszinieren an diesem Lied zwei Zeilen ganz besonders: »und beschreibe den Himmel der uns blüht, und beschreibe den Himmel der uns blüht.«

Nicht nur das Haus bauen, nicht nur den Baum pflanzen, nicht nur Alltagsgeschäfte erledigen, nicht nur vielleicht Unalltägliches, gleichwohl Selbstverständliches tun, wie Tiere füttern, Kinder tanzen, Alte erzählen und das Haus und den Garten wohnlich werden lassen, sondern über allem – durchaus unalltöglich – das Wün-

schen nicht vergessen, Fantasien und Visionen wieder beleben, die alten Verheißungen entdecken: beschreibe den Himmel, der uns blüht! Ich erinnere nochmals an das schöne Lutherwort: Durch Gastfreundschaft können wir aus unseren Häusern den Himmel Gottes machen.

Doch wir sind arm im Wünschen geworden, erfahre ich: Wenn ich die Wünsche zum neuen Jahr oder zu meinem Geburtstag so Revue passieren lasse, dann werden »gute Wünsche« geäußert, »Erfolg« wird noch genannt und meist »Gesundheit« – da kann man oder frau nichts falsch machen, insgesamt aber sind sie recht einfallslos, die Wunsch- und Grußkarten, die da verschickt werden. Oder es begegnet in ihnen so eine Formulierung wie: »Ich wünsche dir, dass möglichst viel von dem in Erfüllung geht, was du dir wünschst«. Da geht dann die Gedankenlosigkeit mit der Wunschlosigkeit einher. Nicht nur arm, sondern offensichtlich auch faul sind wir im Wünschen geworden. Zwei alte Worte für das Wünschen, Segnen und Fürbitten, gehen uns kaum mehr über die Lippen – außer als Zitat oder in liturgischen Formen. Der Himmel, der uns blüht, scheint arg verdorrt zu sein. Wir beten zwar jeden Sonntag »dein Wille geschehe wie im Himmel so auf Erden«, wir verhalten uns aber nach dem Motto »unser Wille geschehe wie im Westen so auf Erden« und dann betonieren wir uns ein in unseren Mauern, in den privaten, den kirchlichen wie in den gesellschaftlichen Mauern – und der Himmel, in den sich unsere Häuser verwandeln könnten, wenn wir sie öffneten und ihn blühen ließen, bleibt draußen.

Gelebte Gastfreundschaft – den Tieren, den Kindern, den Alten und den Fremden gegenüber – könnte ein Weg sein, den Himmel zu öffnen, »denn durch diese Gastfreundschaft haben etliche ohne ihr Wissen Engel beherbergt« (Hebräer 13, 2), der Himmel beginnt zu blühen, wenn wir gast-

freundlich werden. Zum Himmel werden unsere Häuser nur mit denen, die anders sind als wir, die fremd sind, die unserer Gastfreundschaft bedürfen. Es gibt eingemauerte Kirchen, aber keinen eingemauerten Privathimmel.

Ich möchte schließen mit Wünschen für gelebte Gastfreundschaft und so dazu beitragen, »den Himmel zu beschreiben, der uns blüht«. Ich möchte anregen zum Wunschdenken, zu einem neuen Denken und einem neuen Wünschen hinsichtlich eines gastfreundlichen Landes und eines gastfreundlichen Lebens. Da müssen das Denken und das Wünschen zusammenkommen, denn »Denken ohne Wünsche ist so kümmerlich wie Wünsche ohne Denken«⁶:

- Ich wünsche mir für Sie und für mich: offene Türen für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Alte gleich welcher Herkunft, auch wenn wir meinen, nur für uns sein zu wollen oder auch nur keine Zeit zu haben.
- Ich wünsche mir für Sie und für mich: lassen wir Menschen, wenn sie anklopfen, nicht »draußen vor der Tür«, auch wenn wir meinen, sie störten uns. Es gibt Nichts, was wichtiger ist als Menschen, die anklopfen.
- Ich wünsche mir für Sie und für mich: lassen wir unsere Werkzeuge und unsere Sonntage unterbrechen durch Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Alte, die unserer Gastfreundschaft bedürftig sind. Überwinden wir unsere Scheu und vielleicht unsere Angst und halten wir ein Schwätzchen auf der Straße, öffnen wir uns zu einem Gespräch im Wohnzimmer, bereiten wir einen Tisch zum gemeinsamen Essen – alle anderen Termine, alle

⁵ EG 640

⁶ H. J. Schultz, Sehnsucht nach einem anderen Land. Erinnerungen an Ernst Lange zu seinem 70. Geburtstag. Sendung beim SDR am 20. 4. 1997. Manuskript S. 1.

anderen Sachen, alle scheinbaren Zwänge stehen zurück gegenüber den Bedürfnissen eines Gastes.

- Ich wünsche mir für unsere Kirche, dass sie erfährt und erkennt, dass sie kein Selbstzweck ist, dass sie nicht weiter aus der Gesellschaft emigriert und sich einmauert, sondern dass sie sich öffnet und zum Himmel wird, dass sie gastfrei wird für die Menschen, dass sie Räume anbietet für Fremde, dass sie Kirchen anbietet für Asylsuchende – dem Volk, und eben nicht den Kirchen, gelten die Verheißungen der biblischen Traditionen. Das Volk geht ohne die Visionen zugrunde, Kirchen werden da nicht einmal genannt.
- Ich wünsche mir für unsere Gesellschaft, dass sie erfährt und erkennt, welcher

Reichtum darin liegt, fremden Menschen zu begegnen, mit ihnen zu teilen, sie gleichberechtigt am Leben teilhaben zu lassen. Dazu müssen wir – zuerst die Christinnen und Christen als Mehrheitskultur in unserem Land – ernst machen damit, dass die Erde Gott gehört, und nicht denen, die zufällig darauf wohnen.

Ich wünsche mir und Ihnen, dass Sie alle solches Wünschen und Denken, das Wunsch-Denken fortsetzen für sich selbst und ihre und unsere Gäste, dass wir wieder lernen, den Himmel zu beschreiben, der uns blüht: Kommt, träumt ein Haus – kommt, träumt eine Ökumene, in der wir alle Gäste sind.

Ein Vortrag zur Woche der Brüderlichkeit am 8. März 2001 im Rathaus zu Hildesheim.



Beiträge zum Jubiläum des BRSD

- In Heft 1-2/2001 erschien ein umfangreicher Artikel von Ulrich Peter zur Geschichte des BRSD.
- In Heft 3/2001 sind die Grußworte der Initiative Christliche Linke (ICL), der Christinnen für Sozialismus (CfS) und von Pax Christi abgedruckt.

Gruß des Versöhnungsbundes zu 75 Jahren BRSD

Lieber Reinhard Gaede,

ich wäre gerne zum Jubiläum der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten nach Eisenach gekommen, aber ich schaffe es zeitlich nicht.

Für den Versöhnungsbund möchte ich Euch aber herzliche Grüße senden, eingedenk zumindest eines „Ahnherrn“, der ein Stück gemeinsamer Geschichte geschrieben hat: Leonhard Ragaz. Er war meines Wissens in den 20er und 30er Jahren die Schweizer Kontaktadresse des Internationalen Versöhnungsbundes und nahm auch zusammen mit seiner Frau an internationalen Konferenzen des IFOR teil.

Es würde mich freuen, wenn die Kontakte zwischen unseren beiden Bündnissen nach der gemeinsamen Tagung in Dortmund nicht wieder einschlafen würden. Ich lege das Programm unserer Jahrestagung bei; vielleicht ist es auch für ein paar Teilnehmer Eurer Tagung interessant.

Viele Grüße

gez. Ullrich Hahn

Unterdrückung nicht einfach geschehen lassen

Bei der Feier zum 75-jährigen Bestehen des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands Ende April in Eisenach leitete REINHARD GAEDE den Gottesdienst. Mit dem vielfach gewünschten Abdruck seiner Predigt schließen wir die Reihe zum Jubiläumsjahr ab.

*Selig sind, die Frieden stiften,
denn sie werden Gottes Kinder heißen.*

*Selig sind, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit,
denn sie sollen satt werden.*

(Matth. 5, 9.6)

Liebe Freundinnen und Freunde!

»Volkskirchliche Vereinigung Baden«, ab Januar 1922 »Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten« hieß eine Keimzelle des BRSD im Süden. Ihr Organ »Christliches Volk« druckte im Dezember 1919 eine dichterische Vision Erik Petersons ab. Er hatte sie über den Akten eines Prozesses geschrieben.

Vor dem Gouvernements-Gericht Grodno wurde 1916 ein Soldat angeklagt. Während eines evangelischen Gottesdienstes, als der Garnisonspfarrer gerade über die Kriegsbegeisterung im August 1914 sprach, hatte er sich zu dem Zwischenruf hinreißen lassen: »Du sollst nicht töten!« Wegen Störung des Gottesdienstes verurteilte ihn das Gericht zu drei Jahren Gefängnis. Der Verurteilte legte ein ärztliches Zeugnis vor, bat um Milderung der Strafe, weil er sonst nicht lebend das Gefängnis verlassen würde. Vergeblich. Der Pfarrer hielt ihn für einen »verhetzten, zielbewussten Sozialdemokraten«, der sich nur dem »Dienst für das Vaterland« an der Front entziehen wolle. Der Soldat kam ins Gefängnis und war nach zwei Jahren tot.

»Der Himmel des Garnisonspfarrers« – so nannte Erik Peterson seine Vision. Er stellte sich vor, der Angeklagte und der Garnisonspfarrer wären sich noch einmal begegnet, vor der Himmelstür nämlich. Auf einen Wink des Garnisonspfarrers spräche Christus drohend zum Soldaten: »Was, du wagst es, einen christlichen Gottesdienst durch die Erinnerung eines göttlichen Gebots zu stören?« Gebote sollen die Kinder lernen; für die Erwachsenen gibt es die frohe Botschaft, »welche die Waffen einsegnen.« Du behauptest, »ich hätte mich früher anders geäußert? Das ist ein Irrtum. Ich habe nicht den Armen, sondern den Reichen selig gepriesen, nicht den Friedfertigen, sondern den, der die meisten Kanonen und besten Giftgase hat. Ich habe nie etwas für die Barmherzigkeit übrig gehabt... Ich habe stets gesagt, es sei besser, Hammer als Ambos zu sein, besser Unrecht zu tun als Unrecht zu leiden... Frage doch den Pfarrer! Hat er jemals etwas anderes gepredigt? Wir haben die große Kluft, die zwischen Himmel und Erde war, zugeschüttet... Jetzt ist das Verkehrshindernis beseitigt... Siehe, jetzt sind alle im Himmel, alle in der

Hölle! Da aber schrie der Mensch mit seinem ganzen Leibe: »Satan, hebe dich weg von mir!« Und der Satan, der sich in einen Engel des Lichts, ja in den Sohn Gottes verstellte hatte, entwich, und sein Blendwerk zerrann.« (Christliches Volk 1919, 11, S. 2-4)

Die Aufbruch-Bewegungen »Badischer Volkskirchenbund« und »Neuwerk« orientierten sich nach dem Ersten Weltkrieg an der Bergpredigt. Sie begannen mit einer Anklage der Kirche: »Sie war zu sehr Dienerin des alten Staates, als dass sie wahre Dienerin Jesu Christi hätte sein können.« Und sie forderten, die Bergpredigt »auch für das Leben der Völker und ihre Politik ... geltend zu machen.« Gegen »Kriegs-, Hass- und Revanchegeist« wandte man sich ebenso wie gegen die »verwüstende Propaganda des Rassenhasses. »Wer Antisemit ist, kann kein Christ sein,« sagte August Bleier, der die »Vereinigung der Freunde für Religion und Völkerfriede« leitete, im Jahre 1919 in Berlin.

Und wieder rückte die Bergpredigt in den Vordergrund durch die Anstöße, die Leonhard Ragaz 1945 mit seinem Buch »Die Bergpredigt Jesu« gab. Als die wahre »Weltrevolution« hat er diese Botschaft Jesu gewürdigt, in der Tradition Christoph Blumhardts. Jesu Seligpreisungen sind Forderungen und Verheißungen zugleich. Was Gott gebietet, bietet er auch: Barmherzigkeit. Die Seligpreisungen gelten nur den Jüngern, denn sie sehen Gott als himmlischen Vater an, leben unter seiner Herrschaft nach dem Grundgesetz der Gnade. Aber alle sind eingeladen, Jüngerinnen und Jünger zu werden. Gottes Herrschaft ist angebrochen, aber muss sich noch erfüllen, ist schon da, aber die Vollendung steht noch aus. Das Reich Gottes kommt im Kampf gegen das Böse. Weil die göttlichen Siege anders sind als die der Welt, muss das Göttliche ohn-

mächtig sein, um allmächtig zu werden. Erst das »geschlachtete Lamm« wird zum siegreichen »Löwen« (Offb. 5,5; 13,8) (S. 27f.) »Erst das Kreuz führt zu Ostern.« Doch heißt das nicht, dass immer nur Kampf ist. Es gibt auch Siege, »Durchbrüche des Reiches Gottes«, sogar »in einen neuen Äon«. (Die Botschaft vom Reiche Gottes, 1942). So schreibt L. Ragaz mitten im Zweiten Weltkrieg.

Liest man religiös-sozialistische Zeugnisse nach den beiden Weltkriegen, klingt auch heute noch ihre Aktualität. Noch immer beklagen wir mit Erik Peterson, dass Kriege christlich legitimiert werden bzw. im Namen der Humanität geführt werden wie der Kosovo-Krieg. Dabei ist das diktatorisch-nationalistische Regime in Serbien nicht durch Waffengewalt der Nato gestürzt worden, sondern durch Demonstrationen und Aktionen des serbischen Volkes. Noch immer protestieren wir gegen Rassen-Fanatismus und Antisemitismus, wie August Bleier 1919.

Aus der Geschichte lernen, ist tatsächlich nicht die Stärke der Deutschen. Eben haben wir die Debatte hinter uns, wie stolz man auf Deutschland sein könne – unter dem Beifall rechtsextremer Gruppen, ohne Gespür für die in der Vergangenheit erlebte Gefährlichkeit des Nationalismus.

Wo nun die Wirklichkeit von Armut und Leiden unausweichlich ist, klingen alle religiösen Worte ohnmächtig. Und sie können wieder – wie Karl Marx kritisiert hat – Vertröstung werden, wenn die Voraussetzung nicht da ist: Die erwiesene Solidarität (Ernst Lange). Die Bergpredigt erwächst aus dem Bericht des Matthäus über den Kampf Jesu gegen alles, was Menschen am Menschsein hindert: Krankheit, die Entfremdung des Menschen von Gott und die Entfremdung des Menschen vom Mitmenschen, Selbstgerechtigkeit und Verblendung. In den Seligpreisungen spricht der, der engagiert ist

im Kampf um die Befreiung seiner Mitmenschen von allen Mächten, die zerstörerisch sind. Vom Berg der Bergpredigt führt sein Weg zum Berg Golgata, dem Ort seines Todes. Das Kreuz steht am Ende seines Weges, des Weges, der ohne Kompromisse gegangen wurde. Es fiel die Entscheidung darüber, was gilt: Religiöses Gesetz oder Barmherzigkeit? Staatliche Macht oder gewaltfreie humane Revolte? Als so Beteiligter wagte er es, Worte wie Glück und Armut, Heil und Wehrlosigkeit zusammenzubinden. Ein Armer ist es, der von dem Eintreten Gottes für die Armen spricht. Und die Seligpreisungen sprechen von dem Gott, der kommt, um seine Herrschaft anzutreten: Die Blinden und die vom falschen Glanz der Macht und des Geldes Geblendeten sehen; die Lahmen und die von ihrer Angst oder ihrer Schuld Gelähmten gehen; die Tauben und die vom Geschwätz der Sinnlosigkeit Betäubten hören; die Toten und die in ihrer dumpfen Resignation oder ihrer unruhigen Verzweiflung wie tot sind, stehen auf, und den Armen, den Menschen ohne Besitz, Einfluss und Chancen wird eine gute Zukunft angesagt. Und all das ist kein Ausdruck der bestehenden Verhältnisse, sondern ein Geschehen um die Person Jesu. Es ist noch nicht das endgültige Heil-Werden der Welt, aber der Anbruch.

Und schließlich: Jesus, der Beteiligte spricht nicht allgemein über Arme, Leidende, Sanftmütige und andere Gruppen. Sondern er meint achtmal seine eigenen Jünger und Jüngerinnen und solche, die es werden wollen. Weil Jesus ein Armer mit den Armen der Erde ist, darum sind seine Jünger und Jüngerinnen Arme mit den Armen der Erde geworden. Weil er selbst Frieden stiftet, deshalb sind seine Jüngerinnen und Jünger Friedensstifterinnen und Friedensstifter geworden. Und nun ermutigt er sie und tröstet sie, indem er sagt: »Glück-

selig, ihr, meine Freundinnen und Freunde, ihr seid am Ort der Verheißung, wo Gott wirkt, der Weinende tröstet und Wehrlose zu Recht und Ehren bringt! Wo diese Wunder geschehen, dass für Gerechtigkeit gestritten und Friede geschaffen wird, da wächst Gottes Reich, und ihr dürft dabei sein.

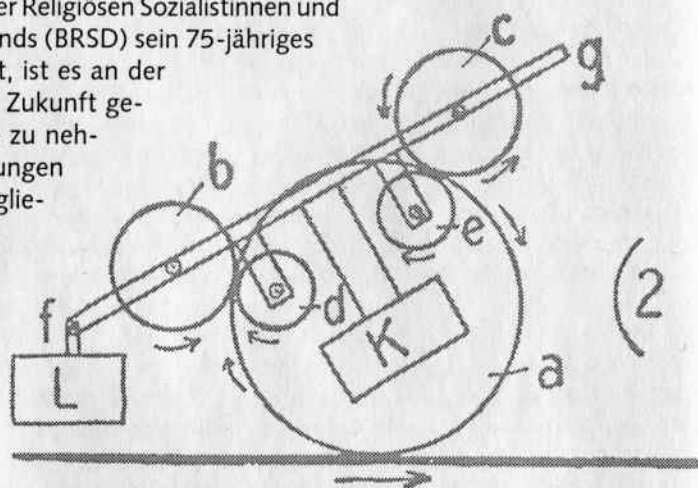
Vielleicht müssen wir das alles neu lernen: das Jüngerin-, das Jünger-Sein. Wir, die wir auch öfter nach den Meinungsumfragen uns erkundigen. (Eben sah es mal wieder nicht gut aus.) Dass Jesus zu den Armen geht, statt zu den Oberen Zehntausend, dass er zu den Leidenden geht und nicht zu denen, die den Ärzten hohe Honorare zahlen können, dass er zu den Entrechteten geht und nicht zu denen, die sich den besten Anwalt leisten oder die Richter gewogen stimmen können – all das ist eine Provokation, eine Zeichenhandlung für Kampf und Gericht. Und darum sind auch seine Jüngerinnen und Jünger so. Es sind Menschen, welche die Welt in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht ertragen können. Ein Jünger, eine Jüngerin ist einer, eine, dem, der Jesus die Augen öffnet und das Leben als Mensch zeigt, wie es von Gott gemeint ist. Ein Jünger, eine Jüngerin kann Armut, Leiden, Rechtlosigkeit und Unterdrückung seiner Mitmenschen nicht mehr einfach geschehen lassen, sondern muss teilnehmen an ihrem Schicksal und ihr Anwalt und ihre Anwältin werden.

Solche Menschen sind Religiöse Sozialisten und Sozialistinnen immer wieder gewesen. Vorbilder können sie uns sein, damit wir unsern eigenen Weg finden, Jünger und Jüngerinnen Jesu zu werden.

PLÄNE ZUR ZUKUNFT

des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten

Nach dem der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) sein 75-jähriges Bestehen gefeiert hat, ist es an der Zeit, Gegenwart und Zukunft genauer unter die Lupe zu nehmen. Nach den Beratungen auf den letzten Mitgliederversammlungen bringen wir hier einige Einschätzungen und Pläne zur Weiterentwicklung des BRSD.



Was tun?

Wenn der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten seinem Namen gerecht werden will, muss er sich endlich wieder mehr konkrete Aktionen vornehmen, meint BERTOLD SCHARF.

Der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten ist eine Organisation von Christen, die als Konsequenz aus dem Studium des Evangeliums SozialistInnen sind. Insofern ist unser Ziel eigentlich klar, und dennoch scheint es mir, als würden wir etwas orientierungslos agieren. Wenn wir uns einen christlichen Sozialismus wünschen, was ist dann die Aufgabe des BRSD in dieser Situation? Dient er lediglich zur Organisie-

rung von gelegentlichen »Familientreffen«? Oder halten wir es für notwendig, unsere Position auch in Kirche und Gesellschaft zu vertreten?

Um es gleich zu sagen: Ich halte politische Forderungen für einen notwendigen Bestandteil unserer Arbeit. Denn zum einen ist der Bund wohl zu heterogen und zum anderen die Leute wohl auch aus politischen Gründen eingetreten, so dass eine Art »Familienklub« wohl nicht zum Erfolg führen würde, zum anderen ist es gerade auch jetzt wichtig, unsere Position in Kirche und Gesellschaft hineinzutragen, da sie dort augenblicklich keinerlei Rolle spielt.

Wenn wir politisch präsent wären, könnte das auch zu steigender Identifikation und

letztlich zu steigenden Mitgliedszahlen des BRSD führen, so dass wir unserer Dauerkrise entronnen wären. Aber wie können wir das erreichen? Unser langfristiges Ziel ist Sozialismus, aber was ist unser kurzfristiges Ziel?

Unsere Ressourcen sind knapp, dennoch denke ich, dass man kleine Aktionen machen könnte. Ein gutes Beispiel ist der Kirchentag: Da treffen sich hunderttausend Leute auf einem Fleck. Es wäre erstaunlich, wenn da nicht auch einige Leute dabei wären, die unserer Meinung sind, wie man dieses Jahr das auch wieder beobachten konnte. Vielmehr gab es dort sogar eine antikapitalistische Demo.

Neben dieser Demo gab es aber noch etwas was mir aufgefallen ist: Es gab ein Börsenspiel, das »kirchentagstauglich« gemacht worden war, indem man dort Aktien angeblich oder wirklich sozialer Projekte der Konzerne zum Kauf anbot. Es wäre meiner Meinung nach aber notwendig gewesen, auf die Heuchelei der Unternehmen hinzuweisen, die hier ein Prestigeobjekt ausstellten, in Wahrheit aber keinerlei sozialen Ziele verfolgen. Dies wurde ja auch auf der Demo gut klargemacht. Umso bedauerlicher ist es, dass nichts in dieser Hinsicht lief und

beim Abschlussgottesdienst sogar verkündet werden konnte, dass das Spiel ein voller Erfolg gewesen sei und man sich mehr Kritik erwartet habe. Ich glaube, diese Kritik sollten wir Ihnen das nächste Mal liefern (meines Wissens soll die Sache fortgesetzt werden).

Auch wurde mir vor dem Abschlussgottesdienst ein Mikrofon vor die Nase gehalten und ich antwortete auf eine

belanglose Frage Belangloses. Wenn wir eine klare politische Kampagne gehabt hätten, wie z.B. gegen das Börsenspiel, dann wäre es mir vielleicht leichter gefallen, eine gute politische Antwort zu geben.

Wenn nicht Kirchentag ist, sollte man aber auch an der Schnittstelle Kirche-Gesellschaft anknüpfen und zum Beispiel von der EKD oder dem Zentralrat der Katholiken fordern, dass sie einen vollständigen Schuldenerlass für die Trikont-Länder befürworten und deshalb zum Beispiel beim IWF/WB-Gipfel zu Aktionen aufrufen. Oder dass sie beim EU-Gipfel in Brüssel die Tobin-Tax fördern sollen.

So kommen wir ins Gespräch, der Aufwand (Unterschriftenliste, Flug u.ä.) ist gering und können gleichzeitig Bündnispartner innerhalb der Kirche/Gesellschaft suchen (z.B. Jubiläum 2000, Ordensleute o.ä.).

Wir sollten uns deshalb überlegen, ob wir eine politische Kampagnen in Angriff nehmen und was für ein Thema sie hat und wie wir sie gestalten. Nur so kann der BRSD seiner Krise langfristig erfolgreich entinnen. Denn die ist nicht nur ein persönliches oder strukturelles Problem.



Attac und BRSD auf dem Kirchentag 2001

Foto: Darius Dunker

Im Oktober hat der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten beschlossen, seine Strukturen zu ändern und die Mitgliederwerbung zu forcieren. DARIUS DUNKER stellt die wichtigsten Pläne vor.



Die Basis verbreitern!

Tausend Mitglieder bis 2005 – dieses äußerst ehrgeizige Ziel hat sich der neue Bundessekretär der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten, Michael Bschorr, gesteckt. (Aufmerksame Leserinnen und Leser konnten es dem vorigen Heft auf Seite 81 entnehmen.) Damit der BRSD für neue Mitglieder interessant ist, muss er wachsen, denn nur ein größerer Bund kann auch regional aktiv sein und den Mitgliedern Möglichkeiten der Beteiligung vor Ort bieten. Eine Zwickmühle also: der Bund muss wachsen, um attraktiv zu sein, und er muss attraktiv sein, um überhaupt wachsen zu können.

Mit diesem Dilemma hat sich dann auch die Mitgliederversammlung des BRSD Ende Oktober beschäftigt und ein vielschichtiges Konzept zur Weiterentwicklung der Organisation auf den Weg gebracht. Eine wichtige Grundannahme für dieses Konzept formulierte Michael Bschorr: Das Problem des

BRSD sei nicht mangelnde Aktualität seiner Positionen und Grundsätze, sondern schlicht seine geringe Bekanntheit. Der Bund sei inhaltlich attraktiv für ein großes Spektrum religiöser Linker, die sich vielleicht sogar in anderen Organisationen immer weniger aufgehoben fühlen, nur wüssten diese Menschen meist nichts von der Existenz eines Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten. Das folgende Konzept stellt deshalb keine wesentliche inhaltliche Neuorientierung vor, sondern vor allem organisatorische Veränderungen, die dem BRSD ermöglichen sollen, effektiver auf seine Anliegen hinzuweisen.

Beteiligungsmöglichkeiten

Ein Manko des derzeitigen BRSD besteht darin, dass er den Mitgliedern, die er immerhin hat, zu wenig Möglichkeiten bietet, sich zu aktiv beteiligen, weil es kaum noch

Regionalgruppen gibt. So können Mitglieder zu Zeit hauptsächlich:

- zu Mitgliederversammlungen erscheinen;
- an Jahrestagungen teilnehmen;
- in der Redaktion von CuS mitarbeiten;
- alle zwei Jahre an Kirchentagsständen und ggf. -veranstaltungen mitwirken.

Wer sich nicht zur redaktionellen Arbeit berufen fühlt, dem verbleiben also etwa zwei bis vier punktuelle Veranstaltungen im Jahr, die meist mit einer langen Anfahrt verbunden sind und ein ganzes Wochenende dauern. Allein dies hält offensichtlich schon einen Großteil der Mitglieder davon ab, sich an den Aktivitäten der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten zu beteiligen. Doch auch für die, die dazu bereit sind, Anfahrten und Zeit aufzubringen, sind diese Beteiligungsmöglichkeiten eher gering. Von sozialistischer Praxis und religiöser Gemeinschaft hat das nicht viel. Bertold Scharf, eines der jüngeren Mitglieder des BRSD, brachte es im Vorfeld der Mitgliederversammlung auf den Punkt (siehe vorhergehenden Artikel):

»Wenn wir uns einen christlichen Sozialismus wünschen, was ist dann die Aufgabe des BRSD in dieser Situation? Dient er lediglich zur Organisierung von gelegentlichen »Familientreffen«?»

Beteiligung auf Bundesebene

Der BRSD hat eine Handvoll Mitglieder, die trotz des zuvor Genannten auf fast jeder Veranstaltung erscheinen. Der BRSD will nun einen Rahmen schaffen, mit dem solche Mitglieder in die Arbeit des Bundes verantwortlich einbezogen werden können. Dazu soll die bisherige Vorstandsstruktur des BRSD e.V. aufgebrochen werden.

Derzeit besteht der Vorstand des BRSD aus drei Personen: Sprecher, Sekretär und Kassierer (z. Zt. alles Männer). Die Aufgaben von SprecherIn und SekretärIn sind in der Satzung nicht genau unterschieden, tat-

sächlich liegt die organisatorische Leitung offenbar bei Sekretär oder Sekretärin, die genauen Aufgaben des Sprechers oder der Sprecherin bleiben unklar.

Damit zu einer Zeit, wo der BRSD über kaum eine andere Ebene verfügt, mehr Mitglieder auf der Bundesebene mitwirken können, habe ich in den letzten Jahren mehrfach vorgeschlagen, den Vorstand zu erweitern und zu einem gleichberechtigt arbeitenden Kollektiv umzugestalten. Erstmals hat nun eine Mitgliederversammlung diesen Vorschlag nicht nur wohlwollend zur Kenntnis genommen, sondern eine Satzungskommission einberufen, die die notwendigen Änderungen vereinsrechtlich prüfen, zur nächsten Versammlung vorbereiten und dort zur Abstimmung stellen soll.

Nach den Plänen der Satzungskommission, die im Januar 2002 getagt hat, soll der Vorstand künftig aus 3 bis 15 Personen bestehen, denen unterschiedliche Zuständigkeiten zugeordnet werden. Eine Person aus diesem Kreis muss für die Finanzen zuständig, also Kassierer oder KassiererIn sein. Mindestens eine andere Person wird mit der Mitglieder- und Abonnementsverwaltung beschäftigt sein, dies entspräche in etwa dem bisherigen Bundessekretär. Die übrigen Aufgaben können nach Bedarf und Möglichkeiten untereinander verteilt oder von mehreren Mitgliedern gemeinsam übernommen werden, in allen wichtigen Entscheidungen beschließt der Bundesausschuss jedoch gemeinsam. Dazu sollte er sich gelegentlich auch über die Mitgliederversammlungen hinaus treffen, könnte meiner Meinung nach aber vieles auch mit den vielfältigen heutigen Kommunikationsmitteln abklären.

Arbeitskreise und Regionalgruppen

Da die Arbeit im »Bundesausschuss« nicht jedermanns Sache ist, und auch schwerlich viel mehr als 15 Personen sinnvoll dort zusammen arbeiten können, ist es

wichtig, weitere Gruppen zu bilden. Ideal wäre eine Vielzahl von regionalen Gruppen, am besten in jeder größeren Stadt. Dies ist jedoch mit derzeit deutlich unter 200 Mitgliedern bundesweit nicht zu schaffen.

Zunächst will der BRSD deshalb in einzelnen Städten Veranstaltungen organisieren, aus denen möglicherweise regionale Gruppen hervorgehen können. Die Mitgliederversammlung hat sich dem Vorschlag von Michael Bschorr angeschlossen, dass ein Konzept entwickelt werden soll, nach dem in verschiedenen Orten derartige Veranstaltungen durchgeführt werden können.

Neben den Regionalgruppen soll es auch thematische Arbeitskreise geben. Dazu schlägt die Satzungskommission vor, dass nicht mehr wie bisher (§7) gilt:

»Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten des Bundes können sich regional oder lokal zu Gruppen zusammenschließen«,

sondern dass die Einschränkung auf »regional und lokal« ersatzlos gestrichen wird, damit sich Gruppen auch zu einer thematischen Spezialisierung bilden können. So könnte sich beispielsweise eine Gruppe bilden, die sich dem Thema »Globalisierung« widmet, oder eine andere Gruppe, die sich um die Vorbereitung auf den Kirchentag kümmert. Solche Gruppen wären dann den früheren regionalen oder lokalen Gruppen völlig gleichgestellt. Es gilt:

»Gruppen können auf der Grundlage der Leitsätze Stellungnahmen abgeben. Diese sind als Stellungnahme der Gruppe des BRSD zu kennzeichnen. Der Vorstand wird von der Gruppe über die jeweilige Stellungnahme umgehend unterrichtet.«

Die CuS-Redaktion könnte auch so eine thematische Gruppe sein. Bereits die Mitgliederversammlung im Oktober hat beschlossen, eine Gruppe zu bilden, die sich mit den Beziehungen zu anderen Organi-

sationen, insbesondere den Parteien, kümmern soll.

Falls doch einmal Bedenken gegen die Bildung einer neuen Gruppe bestehen sollten, hat die Mitgliederversammlung – wie bisher schon bei den lokalen und regionalen Gruppen – die Möglichkeit, einer Gruppe den Status als Gruppe des BRSD zu entziehen.

Stärkung der Basis

Meiner Meinung nach ist das wichtigste Gremium in einer demokratischen Organisation, deren Größe dies zulässt, die Mitgliederversammlung, auf der jedes einzelne Mitglied mit gleicher Stimme mitentscheiden kann. Deshalb sollte die Mitgliederversammlung die letzte Entscheidung in allen strittigen Angelegenheiten haben, und – wo immer dies möglich ist – Aufgaben übernehmen können, die ansonsten dem Vorstand zukommen. Ich halte nichts von avantgardistischen Konzepten, deshalb dient in meinem Konzept der Vorstand einzig dazu, diejenige Arbeit der Bundesebene zu übernehmen, die die Mitgliederversammlung und die Gruppen nicht leisten können.

Dazu schlage ich vor, dass der Bund alljährlich auf der Mitgliederversammlung ein realistisches (!) Arbeitsprogramm beschließt. Für Gelingen oder Scheitern dieses Programms ist dann nicht der Vorstand verantwortlich, sondern der BRSD als Ganzer. Der Vorstand hat dabei im Idealfall vor allem die Funktion eines Animateurs und Koordinators, wiewohl seine Mitglieder natürlich an der Umsetzung des Programms mitwirken. (In der christlichen Arbeiterbewegung Belgiens ist tatsächlich die Bezeichnung »Animateur« für die Leitung einer ihrer Einrichtungen bis heute üblich.) Wohl gemerkt: es handelt sich um ein Arbeitsprogramm, das sich die Basis selbst vornimmt, nicht um einen Jahresplan, den die Führung verordnet.

»Ihr wisst, dass die Herrscher der Völker sie unterjochen und die Großen sie vergewaltigen. So soll es bei euch nicht sein! Sondern wer unter euch groß werden will, der soll euer Diener sein, und wer unter euch der Erste sein will, der soll euer Knecht sein. Gleichwie der Menschensohn nicht gekommen ist, sich dienen zu lassen, sondern zu dienen und zu geben sein Leben zum Lösegeld statt vieler.« (Matthäus 20,25-28)

Der ökumenische Kirchentag als Chance

Auf Vorschlag von Christa und Ulrich Peter hat die Mitgliederversammlung beschlossen, alle Arbeit des Bundes auf die Vorbereitung zum ersten ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin zu konzentrieren. Dieses in seinen zu erwartenden Ausmaßen wahrscheinlich beispiellose Treffen von Christinnen und Christen in Deutschland wollen, ja müssen die Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten nutzen, um auf ihr Verständnis der christlichen Botschaft und auf ihre Organisation hinzuweisen, wenn der BRSD eine Zukunft haben soll. Dabei soll das Gewicht vor allem auf eine attraktive Gestaltung eines eigenen Stands auf dem »Markt der Möglichkeiten« gerichtet werden, bei dem die Gewinnung neuer Mitglieder und CuS-Abonnements im Vordergrund stehen.

Nach dem beschlossenen Antrag muss der BRSD seine Arbeit inhaltlich auf dieses Ziel hin ausrichten:

»Die BRSD-Tagungen 2002 sollten auf den Kirchentag vorbereiten. Etwa: Was heißt heute religiöser Sozialismus? Feindseligkeit nach dem World Trade Center? Das Reich Gottes und die Taliban? Sind religiöse SozialistInnen Schwärmer? Was erwarten wir von den Kirchen und den Parteien? Vorstellbar sind keine großen Tagungen, wo eine bekannte Person erzählt und der

Rest beeindruckt schweigt, sondern eine Abwechslung von Impulsreferaten, Arbeitsgruppen zur Entwicklung von Argumentationssträngen und Rollenspielen, um diese Erkenntnisse am Stand an die Frau/an den Mann zu bringen.«

Wichtig ist aber auch, Interessierten auf dem Kirchentag bereits Veranstaltungen mitteilen zu können, bei denen sie den BRSD erleben können. Die Mitgliederversammlung hielt es deshalb für notwendig, dass auf dem Kirchentag samstags ein religiös-sozialistischer Gottesdienst angeboten wird. Außerdem muss bereits eine Tagung nach dem Kirchentag feststehen, zu der die Interessierten eingeladen werden können.

Unterschiedliche Zielgruppen

Die derzeitigen Veranstaltungen des BRSD richten sich, so zumindest die Planung, an die gesamte Mitgliedschaft des BRSD. Das ist zunächst einmal richtig, wenn nur wenige Veranstaltungen überhaupt stattfinden. Wünschenswert wäre aber auch, dass Veranstaltungen geplant würden, die auf die Bedürfnisse bestimmter Teilgruppen etwas spezieller eingehen. So erinnerten sich einige Mitglieder an frühere Veranstaltungen, die den Bedürfnissen junger Familien angepasst waren. Sinnvoll wäre es meiner Meinung nach auch, einmal ein eigenes Treffen der jüngeren Bundesmitglieder zu veranstalten.

Frühere Beiträge zur Zukunft des Religiösen Sozialismus:

Anregungen zur Programmatik des Religiösen Sozialismus geben u.a. folgende Texte:

- ▶ Wolfgang Lünenbürger: 10 Punkte zur Zukunft des Religiösen Sozialismus, in CuS 4/1994, S. 10-13
- ▶ Ulrich Peter: Was bedeutet das »Erbe des religiösen Sozialismus« für die Gesellschaft der BRD?, in CuS 4/1996, S. 22-33, besonders S. 32f.
- ▶ David Haslam (CSM): Christlicher Sozialismus für das neue Jahrtausend, in CuS 1-2/2001, S. 32-50

Unsere Köpfe

Bundesnachrichten



Robert Wollborn vom BRSD-Vorstand dankt Martina Ludwig

Dank an Martina Ludwig

Ich möchte es auf keinen Fall versäumen, sowohl im Namen des Vorstandes, wie auch persönlich Martina Ludwig für ihre geleistete Arbeit als Bundessekretärin des BRSD meinen Dank auszusprechen.

Auf der Mitgliederversammlung am 14. Juni 2001 in Frankfurt/Main legte Martina endgültig ihre Funktion nieder.

In den zurückliegenden Jahren hat Martina ein gewaltiges Pensum an Arbeit leisten müssen und somit (das kann man ohne weiteres sagen) den BRSD am Leben erhalten.

Ohne ihren aufopfernden Einsatz wäre die Existenz des Bundes kaum vorstellbar gewesen. Gut 80% der Organisationsarbeiten wurden von ihr ehrenamtlich und ohne Vergütung geleistet. Wer wäre dazu wohl bereit?

Viele Tagungen sind von ihr maßgeblich vorbereitet und geprägt worden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Jubiläumsveranstaltung aus Anlass des

75-jährigen Bestehens des Bundes. Vorbereitung und Durchführung lagen fast ausschließlich in ihren Händen. Durch den Ausfall eines Referenten musste Martina auch noch die geplante Zukunftswerkstatt aus dem Stehgreif meistern. Somit konnte diese wichtige Zusammenkunft trotz einiger Unkenrufe und wenig sachlicher Kritik erfolgreich durchgeführt werden und wird den meisten Teilnehmenden in guter Erinnerung bleiben.

Durch ihre fachliche Kompetenz in theologischen, wie in politischen Fragen ist Martina eindeutig zu einer Vordenkerin auf dem Gebiet des religiösen Sozialismus geworden.

Ein Mensch wie Martina ist schwer ersetzbar, so wird der BRSD wohl auch in Zukunft nicht ohne ihren Rat auskommen.

Wir können sicher sein, dass Martina auch dazu bereit ist.

Maik Eisfeld, Bundessprecher des BRSD



...und gratuliert Michael Bschorr als neuem Bundessekretär.

Glückwunsch an Michael Bschorr

Die Mitgliederversammlung des BRSD hat im Oktober den bis dahin kommissarisch tätigen Bundessekretär Michael Bschorr im Amt bestätigt, der damit offiziell die Nachfolge von Martina Ludwig antritt.

Michael hat sich in der vorigen Ausgabe von CuS (S. 80f.) ausführlich vorgestellt. Er möchte einen Schwerpunkt auf den Bereich

Mitgliederwerbung setzen, ist aber auch engagiert mit der organisatorischen Weiterentwicklung des BRSD beschäftigt.

Trauer um Hildegard Keller

Anfang November verstarb Hildegard Keller nach schwerer Krankheit im Alter von 67 Jahren. Hildegard war lange Jahre im BRSD aktiv. Bis ins Jahr 2000 hielt sie für den BRSD den Kontakt zu vielen befreundeten Organisationen und war auch Kontaktperson des BRSD für Interessierte aus dem Raum Norddeutschland. Der BRSD hat eine trotz aller Widrigkeiten treue, engagierte und warmherzige Mitstreiterin verloren.



Hildegard Keller (Mitte vorn) auf der BRSD-Jahrestagung 1999

Das Karussell dreht sich weiter: Auf der nächsten Mitgliederversammlung Anfang Juni in Bad Hersfeld (Westf.) ist voraussichtlich erstmals ein Vorstand nach neuem Modell, also mit bis zu 15 Personen, zu wählen.



Notizen zur Zeit

New York – Berlin

Wie erleben und bewältigen Jugendliche in Berlin die Situation nach dem Anschlag auf das WTC und die amerikanischen Reaktionen darauf?

In den Schulen ist New York und der Terrorismus das Diskussthema. Dort wo es verantwortungsbewusste Lehrerinnen und Lehrer gibt, wird es offiziell im Unterricht behandelt. Anderswo ist es Gegenstand in den Pausen. Fast überall ist der Tenor identisch: Entsetzen und Mitgefühl mit den Opfern; kaum die Aufforderung zum vernichtenden Gegenschlag. Aber groß die Angst vor unkalkulierbaren Reaktionen der USA und ihrer Verbündeten. Und groß der Wunsch, diese Eskalationen mit verhindern zu helfen. In Berlin waren Schülerinnen und Schüler die ersten auf der Straße. Während die »Erwachsenen« noch im Schock verharrten, demonstrierten 2.000 Jugendliche, die die Schule »schwänzten« und ihre politische Bildung auf dem Kurfürstendamm praktizierten. Für fast alle war es die erste Aktion dieser Art.

Nach den ersten Luftangriffen auf Afghanistan hat die Bereitschaft Jugendlicher zu demonstrieren noch zugenommen. Über 5.000 von ihnen demonstrierten während der Schulzeit. An einzelnen Schulen, an denen die Direktoren die Schultore verschließen ließen, stiegen sie durch die Fenster und nahmen sich ihr Demonstrationsrecht.

Was bewegt Jugendliche im Alter von 13 bis 20 Jahren im Moment?

Sie erleben eine Medienlandschaft, die Ängste schürt, überall »Schläfer« wittert

und Muslime als potentielle Zeitbomben hinstellt. Dass im Berliner Wahlkampf von rechtsradikalen Gruppen nicht mehr »Ausländer raus!« sondern »Islamische Fundamentalisten raus!« plakatiert wird, macht deutlich, dass die Rechtsradikalen diese Medienpropaganda dankbar akzeptieren.

Es gibt kaum Schulklassen in Berlin, in denen keine Muslime sind. Das Zusammenleben ist nicht ohne Probleme, aber immerhin ist es wenigstens ein Zusammenleben des gegenseitigen Ertragens. Der Generalverdacht, unter den Muslime jetzt gestellt werden, stellt diese Grundlagen in Frage. Hätten Rasterfahndung und das ganze Bündel Schilyscher Maßnahmen auch nur ein einziges Menschenleben in New York gerettet? Jugendliche haben ein gutes Gespür für die Meinungsmache, die es zur Zeit gibt.

Sie erleben Politiker, die sehr gerne mitkämpfen lassen würden und die Jugendlichen wissen genau, dass sie es dann sein werden, die zu kämpfen haben. Sie sind in Schulräumen, die dringend renoviert werden müssen und hören in der Tagesschau, dass Milliarden zusätzlich für Verteidigung bewilligt worden sind.

Sie erleben dass sie, die als »Spaßgeneration«, individualisiert und SMS-fixiert abgetan werden, auf der Straße sind, aber nur wenige von den Erwachsenen.

Und sie freuen sich, wenn ältere verd. KollegInnen, wie in Berlin geschehen, mit ihren Fahnen an den SchülerInnen-Demos teilnehmen. Für fast alle war es der Erstkontakt mit der Gewerkschaftsbewegung. Es muss ja nicht der letzte gewesen sein.

Ulrich Peter, November 2001

NPD-Demonstration: Kein schabbat schalom in Berlin

Losungstext der Brüdergemeine zum 1. 12. 2001: »Die Israeliten sprachen zum Herrn: Wir haben gesündigt, mache du es mit uns, wie dir gefällt; nur errette uns heute!« (Richter 10,15).

Am 28. November wurde, nach zweijähriger Überarbeitung, die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht - Dimension des Vernichtungskrieges« von Jan-Phillip Reemtsma und dem Hamburger Institut für Sozialforschung in den Kunst-Werken in der Berliner Auguststraße wiedereröffnet.

Am Samstag, dem 1. Dezember 2001 kam es in Berlin zur bundesweiten Demonstration der NPD und anderer Nazi-Gruppen gegen die Wehrmachtausstellung. Parallel dazu schoss die Berliner Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas auf jüdische (und nichtjüdische) DemonstrantInnen, die auf die Straße gegangen waren, um Berlins wichtigste Synagoge vor dieser faschistischen Demonstration zu schützen. Angekündigt war der Marsch der NPD durch das Scheunenviertel und die Spandauer Vorstadt in der Nähe des Alexanderplatzes und die Nazis wollten dabei auch an der Synagoge in der Oranienburger Straße vorbei marschieren. Die Auguststraße, in der die Wehrmachtausstellung gezeigt wird, ist eine Querstraße der Oranienburger. Angekündigt war die größte faschistische Demonstration in Berlin seit der Zerschlagung des Faschismus und tatsächlich kamen auch etwa 3000 NPD-Anhänger.

Das Scheunenviertel war bis zum Holocaust das Zentrum des jüdischen Berlins, einer Stadt mit 170.000 Juden, mit Hunderten von jüdischen Gemeinden und Institutionen und mit Vertretern aller religiösen und politischen Richtungen des Judentums. 1925 lebte etwa ein Drittel der deutschen Juden in Berlin. Während die bürgerlichen Juden

in den westlichen Stadtbezirken Charlottenburg, Tiergarten, Wilmersdorf und Schöneberg lebten, konzentrierte sich das jüdische Proletariat vor allem im Bezirk Mitte. Das Scheunenviertel nordwestlich des Alexanderplatzes beherbergte vor allem ostjüdische Zuwanderer aus Polen. Diese »Ost-Juden« waren das bevorzugte Feindbild der Rechtsradikalen aller Couleur. Von der Theorie zur Praxis war es nur ein kleiner Schritt.

Nachdem am 5. und 6. November 1923 die Berliner Faschisten im vor allem von den sog. Ost-Juden bewohnten Berliner Scheunenviertel randaliert hatten (der erste Berliner Pogrom in der Weimarer Republik!), führten am 20.11. 1923 mehrere Berliner Organisationen im Scheunenviertel eine Protestkundgebung durch, die von einigen Tausend Menschen besucht wurde.¹ Hauptredner waren der spätere Vorsitzende der DDR-CDU Otto Nuschke und der Kreuzberger Pfarrer und führende religiöse Sozialist Hans Francke.

Diese Vor-Geschichte machten viele demokratische Berlinerinnen und Berliner hochsensibel für die symbolische Bedeutung eines Nazi-Aufmarsches an dieser Stelle. Da der »Aufstand der Zuständigen« auch in Berlin nicht zu verspüren ist, war Bürgerprotest von Nöten. Neben den üblichen Antifa-Gruppen forderte ein Bündnis liberaler und linker Personen und Verbände zum Protest auf. Ihr Aufruf machte die Stoßrichtung deutlich (siehe Kasten auf Seite 28).

Besonders bemerkenswert waren Initiativen aus der jüdischen Gemeinde, deren Centrum judaicum und die Hauptsynagoge in der Oranienburger Straße liegen. Die NPD hatte eine Demo-Route beantragt, die an der Synagoge vorbeiführen sollte. Polizei und Senat von Berlin hatten dies nicht dementiert,

¹ Hierzu das entsprechende Kapitel in Ulrich Peter, Der Bund der religiösen Sozialisten in Berlin von 1919 bis 1933. Frankfurt 1994

Aus Verantwortung für die Geschichte: Gegen die Legende von der „sauberen Wehrmacht“

Am 1. Dezember planen die NPD und andere rechtsextremistische Organisationen, gegen die Eröffnung der neukonzipierten Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimension des Vernichtungskrieges 1941-44“ in den „Kunst-Werken“ in der Auguststr. 69 zu demonstrieren. Wie schon in der Vergangenheit beabsichtigen sie, auf diesem Wege Propaganda gegen die Auseinandersetzung mit den Folgen rassistischer, nationalistischer und nazistischer Ideologie zu betreiben.

Wir halten dagegen gerade diese Auseinandersetzung für eine notwendige Voraussetzung, um eine Wiederholung solcher Verbrechen zu verhindern. Die Beteiligung der Wehrmacht an den Verbrechen des Naziregimes ist eine historische Tatsache. Wer sie leugnet, will keine Lehren aus der Geschichte ziehen.

Die angemeldete Route der NPD führt in weiten Teilen durch die „Spandauer Vorstadt“ und das „Scheunenviertel“, ehemals Zentren des jüdischen Lebens in Berlin. Auch heute befinden sich in diesen Vierteln wieder zahlreiche jüdische Einrichtungen und Institutionen. Nicht wenige von ihnen erinnern an die Vertreibung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Berlin. Die Vorstellung, dass alte und neue Nazis an diesen Orten entlang demonstrieren, empfinden wir als besondere Provokation.

Wir rufen alle Berlinerinnen und Berliner auf, der Geschichtsklitterung der Ewiggestrigen entgegenzutreten und nicht zuzulassen, dass ausgerechnet an den Stätten der Verbrechen diese geleugnet werden.

Deshalb kommen Sie

am 1. Dezember 2001, ab 13 Uhr

in die Auguststraße in Berlin-Mitte

(S-Bhf. Oranienburger Str., U-Bhf. Oranienburger Tor)

Zahlreicher Besuch und großer Andrang in und vor der Ausstellung, ist die Antwort, die wir auf die Verleumdungen und die neonazistische Propaganda der NPD geben wollen.

Erstunterzeichner: Katja Akkor, Ökumenischer Kirchentag; Angelika Beer, MdB, Bündnis 90/Die Grünen; Iris Berben, Schauspieler; Bianca Brohmer, Berlin; Petra Bläse, MdB PDS, Vizepräsident, Deutscher Bundestag; Eva Brückner, Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas; Christian Casata, Bildender Künstler; Maren Cronsneest, Aktionsbündnis Entschädigung für ZwangsarbeiterInnen; Daniela Dahn, Schriftstellerin; Fred Dellheim, Vors. VVN-BdA; Eckhard Dietz, Berlin; Uwe Doering, Sprecher VVN/VdA; Michael Ebenau, IG Metall Jena-Saalfeld; Anette Engelfried, IG Metall; Barbara Faccani, Hilfe für ausländische Frauen e.V.; Kurt J. Goldstein, Vize-Präsident des Intern. Auschwitz-Komitees; Dr. Gregor Gysi, MdB PDS; Claudia Hammerling, MdB, Bündnis 90/Die Grünen; Uschi Handl, Aktionsbündnis für ein anderes Berlin; Wolfgang Hansmeier, Arbeit und Leben e.V.; Dr. Rolf Hanusch, Direktor der Ev. Akademie zu Berlin; Thomas Heppener, Anne-Frank-Zentrum; Elke Herer, Überparteiliche Fraueninitiative; Till Heyer-Stuffer, Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen; Carsten Hübner, MdB PDS, ver.di; IG Metall Bezirksjugend Berlin-Brandenburg-Sachsen; Rainer Hunold, Schauspieler; Rüdiger Jung, RA; Anetta Kahane, Amadeu-Antonio-Stiftung; Susanne Kahl-Passoth, Pfarrerin; Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Berlin; Martin Keim-Wennekers, Ev. Zentrum Berlin-Brandenburg EZBB; Sanem Klaff, GEW Berlin; Johannes Klotz, Publizist; Dr. Sibyll Klotz, MdB, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen; Hans Koeblich, Betriebsrat BMW; Jochen Laabs, Autor; Siegfried Lemming, Geschäftsführer Diakonisches Werk Neukölln-Oberspreewald; Stefan Liebig, MdB, stellv. Landesvorsitzender PDS; Udo Lindenberg, Musiker; Fred Löwenberg, Vors. Berliner Verband der NS-Verfolgten; Ingrid Lottenburger, Helsinki Citizens' Assembly, Deutsche Sektion; Dr. Wolfram Meyer zu Utrup, Potsdam; Regina Michalik, Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen; Ari Abraham Offenberger, Gemeindevors. Israelitische Synagogen-Gemeinde Adass Jisroel; Thomas Opel, Betriebsratsvors. Aroor AG Berlin; Sophia Oppermann, Geschäftsführerin „Gesicht Zeigen“; Dr. Bruno Osuch, Humanistischer Verband Berlin; Petra Pau, MdB, stellv. Bundesvorsitzende PDS; Jörg Passoth, Pfarrer; Prof. Dr. Sibylle Quack, Stiftung Denkmal f.d. ermordeten Juden; Steffen Reiche, Minister für Bildung, Jugend und Sport, Potsdam; Dieter Scholz, Vorsitzender DGB; Marlies Schröder, FFGZ e.V.; Luis Sergio, IG Metall; Peter Strieder, MdB, Landesvorsitzender SPD; Susanne Stumpfenhusen, ver.di Landesbezirksleiterin Berlin-Brandenburg; Hanns Thomä-Venske, Ausländerbeauftragter der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg; Gisela Vollradt, Vorstand FFBIZ e.V.; Roland Tremper, ver.di; Karl Vogel, Berlin; Günther Waschkuhn, stellv. Landesbezirksleiter ver.di; Ralf Wieland, MdB, Landesgeschäftsführer SPD Berlin; Angelika Wilker, Prof. Dr. Lothar Wilker, Berlin; Harald Wolf, MdB, Fraktionsvorsitzender PDS

so dass nicht nur die Berliner Medien davon ausgingen. In der jüdischen Gemeinde führte dies zu bemerkenswerten Veränderungen. Führende VertreterInnen der Repräsentantenversammlung (Gemeindeleitung) forderten zum zivilen Ungehorsam auf und zum symbolischen Sitzstreik vor der Synagoge, um dadurch die NPD-Demonstration zu stoppen. Zu Protestaktionen rief ebenfalls die Bezirksversammlung Mitte, dem Stadtparlament anderer Länder vergleichbar, auf. Und dies mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP, Grünen und PDS.

In Leipzig und einigen anderen Städten war es Zehntausenden empörten Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich gelungen, durch derartige Aktionsformen die Polizei zur vorzeitigen Beendigung faschistischer Aufmärsche zu veranlassen und den Faschos schmerzhaft Niederlagen zu bereiten. Würde dies in Berlin ebenfalls gelingen?

Als ich am Vormittag des 1.12. mit der S-Bahn zur Synagoge unterwegs war und im Bahnhof Friedrichstraße umsteigen wollte, war dies nicht möglich. Bundesgrenzschutz hatte den Bahnhof übernommen, Umsteigen war untersagt und der Zugang zur U-Bahn abgesperrt. Die einzigen Leute, die passierten, trugen Bomberjacken, Springerstiefel und Glatze. Einer der größten Bahnhöfe Berlins war Tummelplatz von Nazis! Als die S-Bahn weiterfuhr konnte ich vom Fenster aus auf der Weidendammer Brücke die angetretenen Marschblöcke der NPD mit ihren schwarz-weiß-roten Fahnen sehen. Es war deprimierend, dass es mehrere Tausend waren. Als ich über Umwege Richtung Wehrmachtausstellung ging, war in der Oranienburger Straße Schluss.

Dass ich entgegen meiner Absicht nicht zur Wehrmachtausstellung in der Auguststr. gelangte, lag nicht an mir. Dieter Pienkeny vom DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg

wurde in der »Jungen Welt« vom 4.12. zutreffend mit folgendem Satz zitiert: »Viele Berliner wurden von der Polizei daran gehindert, auch nur in die Nähe des Gebäudes der Wehrmachtausstellung zu gelangen.« In meinem Fall machte mir ein Polizist mit Berliner Bär am Ärmel unmissverständlich klar, dass die Straße gesperrt sei. »Sie lasse ich hier nicht durch!« Auf meine Frage, wie ich denn jetzt zur Auguststraße gelangen könne, gab es keine Antwort. Aber die Körpersprache war eindeutig: Ich bin der Staat und Sie kommen hier nicht durch! Alles war hermetisch abgesperrt. Ein Irrsinn! Staatliche Organe rufen zum Protest in der Auguststraße auf und andere staatliche Organe verhindern, dass man daran teilnehmen kann. Im Ergebnis gab es einen Schlauch in der Oranienburgerstraße. Keiner kam mehr raus und keiner mehr rein.

Es war etwa gegen 12 Uhr, als die Oranienburger Straße von der Polizei abgesperrt worden war, so dass kein Durchkommen mehr zur Auguststraße möglich war. Es befanden sich etwa 3000 Menschen vor den Absperrungen, allerdings in dem Bewusstsein dort nicht falsch zu sein. Es ging ja auch um den Schutz der Synagoge und man vermutete immer noch, dass die Nazis durch die Oranienburger Straße ziehen würden. Die Gegendemonstration war geprägt durch ihr äußerst unterschiedliches Erscheinungsbild. Junge AntifaschistInnen und Autonome, GewerkschafterInnen, evangelische Pfarrer und Rabbiner, vor allem aber viele Menschen, die mit Sicherheit nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei suchten. Gegen 13 Uhr nahm die Polizei das Zerren an den Absperrungen durch einige junge AntifaschistInnen zum Anlass, mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Tränengas die Demonstration zurückzudrängen.

Dies bekam ich nur aus zweiter Reihe mit., denn ich war mittlerweile die Oranienburger Straße zurückgegangen. Vor der

Synagoge traf ich dann einen mir bekannten evangelischen Pfarrer (denjenigen, der auf fast allen Fotos ist) und einen befreundeten jüdischen Berufsschullehrer und blieb bei ihnen. Vor uns war die Straße frei von Demonstranten, die eigentliche Demonstration stand mindestens 100 Meter entfernt. Dabei blieb es nicht, in kürzester Zeit entwickelten sich massive Auseinandersetzungen.

Wie klappt eine Eskalation? Wie wird aus einer Anti-NPD-Demo eine Straßenschlacht?

Erstens lässt man sich aktiv und passiv provozieren. In Berlin haben Ausschreitungen bei Demos seit 1967 Tradition. Die Polizei plant sie ein und vermutlich auch der durchgeknallte Teil (es ist nicht einmal die Mehrheit) der Autonomen. Auf der einen Seite stehen und warten die unbeweglichen Marsmenschen in Grün, ausgerüstet mit allem, was einen Straßenkampf erst zu einem solchen macht und auf der anderen Seite unter den Tausenden kleine Gruppen von Kids mit Bierdosen, die auf jede Provokation wie der Pawlowsche Hund reagieren und auch der billigsten Provokation auf den Leim gehen. Gäbe es diese (!) Autonomen nicht, die Polizei müsste sie erfinden! Noch bessere Legitimation für hartes »Durchgreifen« gibt es kaum. Eine Polizeitaktik, die nach der Methode vorgeht »Tränengas und Wasserwerfer sind für alle da!« und »Wer friedlich ist, dem passiert auch nichts!« lässt befürchten, dass sie anderes gar nicht erwartet. Ich hatte an diesem Tag, an diesem Ort Auseinandersetzungen mit der Polizei nicht erwartet, hätte sie entschieden ausgeschlossen. Leide irrte mich.

Wir standen vor der Synagoge, sangen synagogale Gesänge und waren als friedlicher Block mit Rabbinern, Theologen, älteren Menschen problemlos zu erkennen. Ein Rabbiner sprach das Minchagebet (Nachmittagsgebet)

*»Glückselig, die in deinem Haus weilen,
Dich preisen dürfen, immerdar,
Glückselig das Volk, dem solches zuteil
ward.
Glückselig das Volk, dessen Gott der Ewige
ist.«*

»Es ist Sabbat- und am Sabbat wollen wir nichts Anderes als Ruhe zum Gebet«, hatte Meir Piotrkowski, Sicherheitsbeauftragter der Jüd. Gemeinde verlautbart. (Berliner Zeitung v. 3.12.01)

Diese Ruhe war nur kurz, der Gottesfrieden wurde entweiht.

Ich unterhielt mich mit einer älteren Dame aus der Gemeinde, als wir ein Zischen näherkommen hörten. Unmittelbar neben uns, inmitten der friedlich dastehenden Menschen, schlugen Tränengasgranaten ein. Eine Granate ist vielleicht 50 Zentimeter neben mir gelandet, deswegen weiß ich seitdem, wie Tränengas wirkt.

Gewalttäter, denen wir »Schutz und Deckung bieten« konnten (wie es später in einer Pressemitteilung der Polizeigewerkschaft hieß), gab es nicht in unserer Nähe. Die Auseinandersetzungen spielten sich weiter entfernt ab. Da mehrere Geschosse eingeschlagen sind, muss es mindestens mehrere »nervöse Beamte« gegeben haben. Mir fiel ein Lied ein, in dem es hieß:

»Wir brauchen nicht euer Tränengas, wir haben auch so Grund genug zum Weinen.« Um uns herum überschlugen sich die Ereignisse und Menschen machten ihrem Erschrecken Luft. Einige Schlaglichter aus meinem Erleben: »Mein Gott, sie schießen auf uns!« – »Runter, hinsetzen, Kopf einziehen, Hände hoch!!«

Was man nicht vermitteln kann, ist das jämmerliche Gefühl der Angst, das jemand wie ich mit 49 Jahren empfindet, wenn bei 3^o der Wasserwerferstrahl trifft; die Augen vom Gas tränen und man nur noch die Hoffnung hat, dass der geschwungene

Polizeiknüppel nicht den kaputten Rücken trifft. Und dies waren uniformierte Polizisten, nicht der schwarze Block.

Ich saß auf der Straße und hatte wie viele um mich herum die Hände hoch, noch deutlicher kann man friedliches Verhalten nicht ausdrücken. Nach dem 1.12. sind in der Berliner und überregionalen Presse über diese Phase genug Photos erschienen, die dies belegen. Neben mir wurden Leute gegriffen und weggetragen. (Die Frankfurter allgemeine Zeitung, die immer auf ihre Seriosität bedacht ist, schrieb hierzu: »Auch einige Juden mit Kippa hakten sich unter und stellten sich dem Wasserwerfer entgegen; sie mussten von der Polizei zur Seite gebeten werden« FAZ, 2.12.01). Gebeten wurde niemand! Gebetet haben wir allerdings!

(Was in diesen Minuten geschah, wie jüdische Menschen diese Phase erlebten und durchlitten hat der Journalist Christian Bommaris, der vor Ort war, am Montag dem 3.12. auf S.3 der »Berliner Zeitung« wahrheitsgetreu beschrieben. Der Artikel »Sabbat in Berlin« ist zu lang, um ihn abzdrukken, aber er ist sehr wichtig. Er kann von www.berlinonline.de aus dem Archiv der Zeitung geladen werden.)

Unbeirrt räumte die Polizei mit den bei Antifa-Demonstrationen üblichen Mitteln die Straße. Der Räumpanzer fuhr durch die Menge, der Wasserwerfer schoss in die Menge, Polizeiketten jagten Demonstranten und Passanten. Als ich dachte, dass ich jetzt an die Reihe käme, war Schluss. Offensichtlich hatte ein Polizei-Verantwortlicher gemerkt, dass man gerade dabei war das Rabbinat anzugreifen. Immerhin saßen 11 von 21 Repräsentanten der jüd. Gemeinde und mehrere Rabbiner auf der Straße. Nur dadurch wurde unserer Gruppe der Einsatz von Schlagstöcken »erspart«. Statt dessen fanden wir uns, vom Wasserwerfer nass gespritzt, lediglich in einem Polizeikessel wieder.

Einige Reaktionen von Leuten um mich herum, an die ich mich erinnere:

»Oh god, it's a shame for the city of Berlin, it's a shame for Germany!«

»Wir stehen hier unversehrt und reden. Das ist schön.«

Gegen 14 Uhr beruhigte sich die Situation auf der Oranienburger Straße. Das lag an zwei Personen. Gregor Gysi, PDS-MdB und Christian Ströbele, Grüne-MdB, verhandelten mit der Polizeiführung, woraufhin diese den Ausgang der Oranienburgerstraße öffnete, so dass dem größten Teil der Demonstration der Weg in die Auguststraße gelang, wo eine Abschlusskundgebung stattfand. Andere begleiteten, durch großräumige Absperrungen auf Abstand gehalten, die NPD bis zum Nordbahnhof, wo die Nazis von der Polizei in die S-Bahn gesetzt wurde. Am nächsten Tag konnte man dann erfahren, dass der Innensenator schon vor Wochen mit der NPD eine geänderte Demo-Route ausgehandelt hatte. Sie sollte nicht durch das Scheunenviertel und an der Synagoge vorbeiziehen, sondern nur ein kurzes Stück vom Bahnhof Friedrichstraße bis zum Nordbahnhof gehen. SPD-Innensenator Körting hatte diese Route geheim gehalten. Dieser Skandal war in den darauf folgenden Tagen in dieser Form nur wenigen Zeitungen zu entnehmen, obwohl die Fakten für alle sichtbar auf der Straße lagen.

Ein Tag – viele Wahrnehmungen einer Realität

Dieser Tag hat in Berlin vieles verändert. In der »Berliner Zeitung« v. 3.12.01 wurde die Bedeutung dieses Tages für die Jüdische Gemeinde erfasst. Dort wurde Katja Gerson von der Jüd. Gemeinde mit den Worten zitiert: »Wäre ich jünger, dann würde ich nach dem heutigen Tag Deutschland verlassen.«

Ich hoffe, dass dies nur ein Ausnahmefall ist. Denn wir brauchen in Deutschland

jede Antifaschistin und jeden Antifaschisten, denn auf den Staat kann man immer weniger bauen. Denn das gehört zu den Lehren, die sich aus dieser Demonstration ziehen lassen.

Zum einen hat sich hier die Doppelbödigkeit des staatlichen Antifaschismus gezeigt. Dass die antifaschistischen Gruppen, die sich nicht am »Aufstand der Anständigen« beteiligen, Polizeiprovokationen kennen und fast schon gewöhnt sind, ist nichts Neues. Dass allerdings die bürgerliche Mitte und diejenigen, die sonst bei Lichterketten und Mahnwachen erscheinen, mittels Räumpanzer und Tränengas bearbeitet werden und die Polizei eine Demonstration auflöst, zu der im Grunde vom Senat aufgerufen wurde, das ist neu. Der staatliche Antifaschismus hat damit eine neue Qualität erreicht.

Eine andere Qualität wurde leider nicht erreicht. Es mögen maximal 6-7.000 Menschen gewesen sein, die gegen den NPD-Aufmarsch demonstriert haben. Und das ist bei einer so großen Zahl von aufrufenden Personen und Gruppen für eine 4-Millionenstadt eine erbärmlich geringe Zahl. Die Antifa-Gruppen waren da, andere Gruppen gar nicht oder minimal.

Wo waren die vielen Tausende von »Anständigen« aus dem christlich-jüdischen Dialog, den Parteien und Verbänden, den Gewerkschaften und anderen Organisationen?

Über die Motive des Polizeieinsatzes kann nur spekuliert werden. Klar ist allerdings, dass dies nicht im Sinne des SPD-geführten Senats sein kann, sondern die Polizeiführung am 1. Dezember auf eigene Rechnung gearbeitet hat.

Der Skandal vom 1. Dezember fand jedoch nur zum Teil seinen Niederschlag in der Presse und in den Nachrichten. In den ZDF-Nachrichten wurden Bilder, auf denen ein evangelischer Pfarrer von Polizisten auf

dem Boden geschleift wird, mit der Meldung, dass Antifas die Auseinandersetzung mit der Polizei suchten, kommentiert.

Der 1.12.: ein Lehrstück über die Berliner Medienlandschaft:

Der gutbürgerliche Tagesspiegel forderte am 2.12. in einem Kommentar die Bürger auf, künftig bei NPD-Demos zu Hause zu bleiben und die Nazis einsam und allein demonstrieren zu lassen. Die Presse aus dem Hause Springer berichtete nur über Chaoten und Brandstiftungen. Nur taz, Berliner Zeitung und das Neue Deutschland berichteten über die tatsächlichen Ereignisse. Aber auch so gab es noch einige Nachspiele.

Wer war verantwortlich und wer muss sich bei wem entschuldigen?

Der DGB kritisierte den Polizeieinsatz. Die jüdische Gemeinde forderte Konsequenzen und eine Entschuldigung der Regierenden. Daraufhin entschuldigte sich der Innensenator bei der jüdischen Gemeinde, allerdings ausschliesslich für die Nicht-Information über die geänderte Demo-Route der NPD. Zu den Übergriffen der Polizei gab es keine Entschuldigung. Die Krone setzte dem der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft auf, als er verlangte, dass sich die jüdische Gemeinde bei der Polizei entschuldigt. Er nannte mit Annetta Kahane von der jüdischen Gemeinde ausgerechnet eine Person, die sich seit Jahren in antirassistischer und demokratischer Jugendarbeit exponiert und die bundesweit bekannte Antonio-Amadeu-Stiftung organisiert.

Ich habe ihm daraufhin einen Brief geschrieben, aus dem ich einige Teile zitieren möchte:

»Lieber Kollege...,
ich wähle das unter Gewerkschaftern übliche kollegiale Du. Ich bin Mitglied im Landesfachbereichsvorstand Gesundheit von ver.di Berlin-Brandenburg, Vorsitzender der

Fachgruppe der kirchlichen Beschäftigten und habe darüber hinaus weitere Funktionen auf Bezirks- und Bundesebene. Du bist mir von DGB-Kongressen her bekannt, so dass ich aufmerksam am 5.12. die Meldungen »Polizisten wollen Entschuldigung« (Berl. Zeitung vom 5.12.) und »Hat einen Schimmer« in der taz vom selben Tag zur Kenntnis nahm. Ich hatte die Vermutung, dass die GdP-Stellungnahme verkürzt dargestellt wurde und las deswegen die komplette Pressemitteilung »Einhaltung und Anwendung von Gesetzen«, die mit Datum vom 4.12. von der GdP-Pressestelle ins Netz gestellt wurde.

Als ich den kompletten Text gelesen hatte, musste ich erst einmal schlucken. Es ging vor allem um den 2. Teil, wo es zum Versammlungsrecht heißt: »Es gibt aber auch einigen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde nicht das Recht, sich mit Steinewerfern und anderen Straftätern zu verbünden oder diesen Schutz zu gewähren. Auch hat kein Demonstrant das Recht für sich zu entscheiden, wann und wo die Polizei strafbare Handlungen unterbindet und Straftäter festnimmt.« Dann wirst Du als Person zitiert: »Sie (die Polizistinnen und Polizisten, U.P.) haben auch kein Verständnis für Demonstranten, die ihre Arbeit unnötig erschweren und Straftätern Schutz und Deckung bieten.« Der Text endet dann mit der Aufforderung an die jüdische Gemeinde, sich bei den »betroffenen Kolleginnen und Kollegen« zu entschuldigen.

Lieber Kollege... ich weiß nicht, wo Du am 1. Dezember gewesen bist und wer Dich über den Verlauf der Ereignisse in der Oranienburger Straße unterrichtet hat. Ich war an diesem Tag vor der Synagoge und einer derjenigen, die nach der Sabbatfeier in den Polizeieinsatz gerieten. Wenn ich die Pressemitteilung der GdP richtig verstehe, kann ich an diesem Tag unmöglich auf der gleichen Veranstaltung gewesen sein...

Hätte es auch nur irgendeinen Anhaltspunkt gegeben, dass wir der Polizei die »Arbeit unnötig erschweren und Straftätern Schutz und Deckung bieten«, wären wir wohl nicht danach unbehelligt geblieben, als wir inmitten der von Ordnungskräften um uns herum aufgestellten Absperrgitter waren. Dass die Polizeitaktik in weiten Teilen der Presse als »Desaster« empfunden wurde, dass die Bilder unserer Gruppe im Polizeieinsatz am Boden sitzend/kniend durch die internationalen Medien ging und weiter geht, ist wahrlich nicht die Erfindung der jüdischen Gemeinde im allgemeinen und von Annetta Kahane im besonderen. Hätte sich sonst der Innensenator entschuldigt? Was sich an diesem Tag vor der Synagoge seitens der Polizei abgespielt hat, war katastrophal, nicht angemessen und nicht zu akzeptieren. Dies ist auch nicht mit den Steinewerfern und PKW-Zerstörern unter den Autonomen gegenzurechnen. Ein Unrecht legitimiert nicht ein weiteres.

Lieber Kollege..., ich kann nachvollziehen, dass Du Dich vor die organisierten Polizeikolleginnen und -kollegen stellen willst. Dies ist im Prinzip ehrenwert. Aber dass Du dann Annetta Kahane und die jüdische Gemeinde aufforderst, sie mögen sich bei den »betroffenen Kolleginnen und Kollegen« entschuldigen, ist für mich nicht mehr nachzuvollziehen. Damitkehrst du die Situation um. Du mutest damit aktiven Demokraten zu, Unrecht nicht mehr als solches zu benennen, Übergriffe nicht mehr zu kritisieren und die Obrigkeit wie früher machen zu lassen, was auch immer sie tut. Noch einmal zu Äußerungen von Dir in der taz: Auch ich habe wie Annetta Kahane »keinen blassen Schimmer von Polizeiarbeit«. Dagegen weiß ich ziemlich genau, woran die Weimarer Republik zu Grunde gegangen ist – daran, dass es zu wenig Demokraten und zuviel Angepasste gab.«

Ulrich Peter, 10.12.2001



Dissident – fair gehandelt!

JÜRGEN SCHÜBELIN stellt Boris Scharlowskis Buch über die *Comunicación popular* in Chile und entwicklungspolitische Information in Deutschland vor.

Äpfel und Birnen, sagt ein geflügeltes Wort in Chile, sollte man besser nicht durcheinanderbringen. Der Sprach- und Literaturwissenschaftler Boris Scharlowski versucht es in seiner vergleichenden Untersuchung über die *Nicht-main-stream*-Medienarbeit in Chile und Deutschland sozusagen mit Äpfeln und Bananen: Er stellt den Anstrengungen von chilenischen Basisbewegungen, sich während der Zeit des Pinochet-Regimes in einer Öffentlichkeit bemerkbar zu machen, in der ihre Wortmeldungen als dysfunktional, dissident – sprich gefährlich – empfunden werden, Erfahrungen aus der entwicklungspolitischen Informationsarbeit der Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland gegenüber – und zwar am Beispiel des fairen Handels mit Bananen.

In beiden Fällen sieht Scharlowski in dem, was er »Prozesse kritischer Öffentlichkeitsproduktion und randständige Kommunikation« nennt, ein potentes Instrument und Medium zur Emanzipation und zum *empowerment* sozialer Bewegungen. Dabei wird jedoch sehr schnell klar, dass die beiden Szenarien wirklich nur bedingt zum Vergleich geeignet sind: Den chilenischen Basisorganisationen, deren vielfältige, teilweise äußerst kreative und phantasie reiche Kommunikationsarbeit gegen das Schweigen und Verschweigen der offiziellen

Medien unter dem Militärregime im Mittelpunkt des ersten Hauptkapitels des Buches steht, geht es bis 1990 mit ihrer Dissidenz vor allem um ein fundamentales Anliegen: Die Wiederherstellung der Demokratie in Chile!

Vor dem Heraufdämmern des *internet*-Zeitalters sind es vor allem *print*-Medien, vielfach mit einfachsten Mitteln hergestellt, die die drei Funktionen und Aufgaben, die der Autor einer »emanzipativ orientierten gesellschaftlichen Kommunikation« zumisst, erfüllen: Zur Bewusstseinsbildung und Identitätsstiftung beizutragen, Unterstützung zur Mobilisierung der gesellschaftlichen Basis zu leisten und – ganz bescheiden – den Informationsaustausch über Nachrichten und Meinungen, die es anderswo nicht zu lesen gibt, zu ermöglichen. In den Jahren 1981 bis 1983 – im Vorfeld und während der Anfangsphase der großen Protestbewegung in Chile –, als es den Akteuren der Zivilgesellschaft immer stärker gelingt, sich auf unterschiedlichste Weise als Opposition zum Regime zu konstituieren, erreicht die Medienarbeit an der Basis ihre größte Vielfalt. Scharlowski berichtet von 180 Klein- und Kleinzeitschriften, die sich in diesen Jahren in Chile mit Frauenthemen, Menschenrechten, den Lebensbedingungen innerhalb eines Stadtteils, eines Armenviertels, mit der Situation am Arbeitsplatz, mit Musik und (Jugend)Kultur beschäftigen.

Dabei spielt der lokale Raum, die eigene *población*, das Armenviertel, die Siedlung, eine zentrale Rolle. Scharlowskis Untersuchung untermauert die These, dass es im Fall von Chile vor allem der allmählichen

Demokratisierung des Wohnumfeldes mit seinen Nachbarschaftsorganisationen, den Tausenden von Selbsthilfegruppen in den Armenvierteln, der lokalen Kultur- und Jugendszene zu verdanken ist, dass – zumindest im urbanen Kontext – das Machtgefüge des Militärstaates ab 1982 immer größere Risse aufwies.

Mit dem Beginn des Übergangs zur Demokratie ab März 1990 erleidet die *Comunicación popular* das gleiche Schicksal wie die bis zu diesem Zeitpunkt so vielgestaltige oppositionelle Szene der Basisorganisationen: Sie verliert – trotz des labilen Zustandes der Demokratie – an Kraft, ist nicht in der Lage, der Hegemonie der bürgerlichen Öffentlichkeit mit der in Chile besonders extremen wirtschaftlichen Konzentration im Mediensektor Paroli zu bieten. Scharlowski beschreibt realistisch den Strukturwandel hin zu einer fragmentierten Nischen- und Minderheitenkommunikation, die mit bescheidener Wirkung versucht, ihre Themen trotz der sozialen Zensur und dem manifesten Desinteresse der *Main-Stream*-Medien zu platzieren.

Der Untersuchungsrahmen dieser Arbeit umfasst leider nicht mehr die in Chile Mitte der neunziger Jahre einsetzende Phase der *internet*-Kommunikationsarbeit, die es vor allem Menschenrechtsorganisationen und den ethnischen Minderheiten, aber auch Kulturinitiativen, Frauen- und Umweltgruppen ermöglicht, mit ihren Themen eine erstaunliche – über das eigene Land hinausgehende – Resonanz zu erzielen.

Auch der zweite, der Bananen-Teil in Scharlowskis Buch, hat ein Krisenszenarium als Ausgangspunkt: Den Bedeutungs- und Resonanzverlust der mit der Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland verbundenen Informations- und Bildungsarbeit. Der Autor, immerhin seit Jahren selbst hauptberuflicher Mitstreiter von *Fair Trade*-Kampagnen, hat sich den notwendigen selbstkritischen und

nachdenklichen Blick auf die bundesdeutsche Dritte-Welt-Bewegung erhalten können. Er versucht den Wirkungsverlust bei der Aufklärungs- und Kommunikationsarbeit im eigenen Bereich, bei *BananaFair*, nicht schönzureden, sondern gelangt – wie schon andere vor ihm – zu der ernüchternden Diagnose, dass es dem *Fair Trade*-Anliegen bisher nicht gelungen ist, dem hehren Ziel näher gekommen zu kommen, einen Beitrag zu weltweit mehr Gleichheit und Gerechtigkeit durch kritische Bewusstseinsbildung und solidarische Aktion zu leisten. Daran vermag auch das durchaus anschauliche und didaktische Beispiel des internationalen Bananenhandels nichts ändern. Die ständige Referenz auf die Gruppe der ohnedies bereits Überzeugten ist einfach nicht genug.

Beide Fallstudien – zur chilenischen *Comunicación popular* und zur deutschen *BananaFair*-Kampagne – zeigen jedoch, dass es trotz dieser Einwände keine Alternative zu immer wieder neuen, unzensurierten Kommunikationsanstrengungen all dieser »kritischen Öffentlichkeitsproduzenten« gibt. Der Autor erinnert zu Recht daran, dass es in Deutschland das unbestrittene Verdienst der Dritte-Welt-Bewegung ist, immer wieder wichtige Beiträge zur Thematisierung verdrängter Problemstellungen geleistet zu haben – und in Chile hatte diese Kommunikationsarbeit »von unten« einen unbestreitbaren und wesentlichen Anteil an der Überwindung der Kultur des Schweigens. Gerade deshalb wirkt die Selbstbescheidung des Kommunikationswissenschaftlers Boris Scharlowski am Ende seines Buches verständlich: Nicht die Medien verändern die Welt, sondern die Menschen.

Boris Scharlowski: *Prozesse kritischer Öffentlichkeitsproduktion – Das Beispiel der Comunicación popular en Chile und der entwicklungspolitischen Information in Deutschland*. IKO-Verlag, Frankfurt a.M. 1999, 350 S., 28 €

Naziliteratur in Amerika

OSCAR MARTÍNEZ stellt Roberto Bolaños Werk über Naziliteratur vor.

Schon der Titel dieses Buches will verwirren, auf eine falsche Fährte lenken. Roberto Bolaño erweckt den Eindruck, ein wissenschaftliches Werk zu präsentieren – nicht ein literarisches. Ganz ähnlich wie bei Jorge Luis Borges, dem Altmeister dieser Art von Verwirrspiel, geht es auch in dem jüngsten, ins Deutsche übersetzte Buch von Bolaño darum, erst durch Fiktion das Berichtete absolut wahrhaftig erscheinen zu lassen. Vordergründig präsentiert der Autor eine Sammlung von Biografien, portraitiert Figuren, die durchaus so existiert haben könnten. Erst nach der Lektüre einiger Seiten verfestigt sich der Verdacht, dass alle diese ambivalenten, wahrscheinlichen wie unwahrscheinlichen Charaktere nicht das Ergebnis einer profunden, ausführlichen wissenschaftlichen Recherche, sondern Produkte einer geübten literarischen Fantasie sind.

Und trotzdem, am Ende der Lektüre hat sich – magisch-realistisch – eben doch jene allererste Vermutung bestätigt, dass die Präsentation dieser Galerie schauriger Figuren nicht anderes als das Ergebnis akribischer Beobachtung der Realität vor allem auf der Südhälfte des amerikanischen Kontinentes gewesen sein kann.

Amerika, Süd- wie Nord-, der Kontinent der Freiheit, das Ziel so vieler Verfolgter, vor der Hegemonie des Totalitarismus, der Intoleranz, des Rassismus, des Antisemitismus in anderen Breiten Geflüchteter, war immer auch ein Ort, an dem – mehr oder weniger im Verborgenen (teilweise aber auch ganz offen, etwa in Chile Ende der dreissiger Jahre) genau jene Ideen und Ideologien blühten, vor denen all diese Menschen ursprünglich in den Kontinent der Verheißung geflohen waren. Die faschistische Ideologie

gelangte auf ganz unterschiedlichen Wegen, durch Bücher, Pamphlete – und nach 1945 nicht zuletzt durch jene besondere Art von Flüchtlingen ins Land, die kurz zuvor noch selbst andere in die Verbannung geschickt hatten, wie im Fall der aus Europa entkommenen Nazis.

Menschen unterschiedlichster Herkunft haben sich von dieser Ideologie anstecken lassen. Vielleicht, weil ein Klima scheinbar unbegrenzter Freiheit, so insinuiert Roberto Bolaño, immer auch Antikörper hervorruft, die Menschen verdirbt, degeneriert und ihre schlechten Seiten weckt. Doch das Ungewöhnlichste an den Figuren, deren Lebensgeschichten Bolaño vorstellt, ist ihre Ambivalenz: Da ist niemand, der nicht eine ernsthafte Vorliebe für Literatur – oder besser gesagt – literarische Ambitionen hätte, niemand, der nicht – zukünftiger oder bereits berühmter – Dichter, Romancier, Essayist oder Erzähler wäre.

Es scheint, als sei die Literatur in der Welt des Roberto Bolaño der direkte Weg zu den abscheulichsten politischen Ideen. Die Figuren Bolaños, seine Nazis in Amerika, sind verwirrte Menschen, die im tatsächlichen Sinne des Wortes zwischen dem Guten und dem Bösen schweben: Zwischen etwas eigentlich »Gutem«, das in der künstlerischen Arbeit besteht, in der Suche nach literarischer Ästhetik, Kreativität und Phantasie, und dem »Bösen«, der Faszination für die faschistische Tyrannei, für den totalitären Gewaltstaat.

Keine der hier vorgestellten »Biografien«, die nicht als faszinierend bezeichnet werden könnte. Es sind die Geschichten von Abenteurern, ideologischen, literarischen. Kaum eine der Lebensgeschichten, die Bolaño geradlinig, ohne Brüche verlaufen lässt. Auffallend ist, dass fast alle der Portraitierten aus privilegierten sozialen Schichten stammen. Doch trotz – oder eben gerade wegen – dieses Aufwachsens in bürgerli-

chen Verhältnissen – von Bolaño bis an die Grenze zum Klischeehaften überzeichnet – ist ihr Lebensweg und ihr Agieren in der Öffentlichkeit extrem antibürgerlich. Was sie alle auszeichnet, ist ihre Nichtkonformität, ihre Suche nach den im kreolischen Amerika – oder weltweit – unbekannten Grenzen. Nur so ist es möglich, dass eine der weiblichen Figuren – Bolaño nennt sie symbolisch Daniela de Montecristo, lässt sie 1918 in Buenos Aires zur Welt kommen und 1970 in Córdoba sterben – ihre politische Vision von einem faschistischen Staat unter der Führung von Frauen ausbreiten kann: Eine groteske, absolute Provokation – oder gar der größte annehmbare Widerspruch überhaupt?

Das Beklemmende an Bolaños Lebensgeschichten – und deshalb bleibt einem das Lachen über derartige Abstrusitäten im Halse stecken – ist, dass bereits ein flüchtiger Blick auf die Prozesse von Elitenbildung und die Sozialisation innerhalb der privilegierten Klassen auf dem lateinamerikanischen Subkontinent ausreicht, um sich davon zu überzeugen, dass all diese Figuren mit ihren Visionen von autoritären, anti-indigenen, sozialdarwinistischen, gewaltigen und gewalttätigen Gesellschaften in der Realität existieren könnten – in der jüngeren Vergangenheit sehr wohl existiert haben und immer wieder existieren werden.

Da ist etwa der dichtende Folterer namens Willi Schuerholz, den Bolaño als ein Kind der chilenischen Colonia Renacer, unschwer zu erkennen als die unsägliche Colonia Dignidad, Abstrusitäten, die aber allesamt in den Amnesty International-Jahrbüchern nachzulesen sind, begehen lässt. Der Mann und seine Welt sind so real, dass einem der Atem stockt.

Dabei haben es Bolaños kreolische Nazis allesamt mit einem ganz besonderen kulturellen Hintergrund zu tun: Es ist die Welt der Vermischungen, Synkretismen, die überall

dort existieren, wo die spanisch-katholische Kultur die Menschen kolonialisiert hat. Daher wirkt der Versuch eines großen Teils der Figuren dieses Buches, die Bildung totalitärer Systeme in ihren Gesellschaften zu unterstützen oder aktiv an deren Aufbau mitzumischen, ebenso wie zuvor Vieles aus der Geschichte der kolonialen Vizekönigreiche Iberoamerikas oder die »wilden« Jahre der Unabhängigkeitskämpfe in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ungeordnet, chaotisch, pathetisch-überzeichnet und dabei von extremer Grausamkeit. Der Gipfel des Irrsinns: Die Vision einer Nazidiktatur unter der Herrschaft kriegerischer Amazonen!

Roberto Bolaño hat mit seinem Buch zweifellos von Neuem seine erzählerische Qualitäten unter Beweis gestellt. Zur Zeit ist er unbestritten neben Jorge Edwards, Antonio Skármeta und Isabel Allende einer der



international meistgefeierten chilenischen Autoren; einer der wichtigsten spanischsprachigen Schriftsteller der jungen Generation, Bahn- und Tabubrecher, jemand, der es ausgezeichnet versteht, sich wichtige literarische Strömungen seiner Zeit zu eigen zu machen (etwa auch Entwicklungen der neuen nordamerikanischen Literatur) und auf diese Weise zur Weiterentwicklung der Sprache beizutragen.

Mit seinem Buch über die Nazis in Amerika und ihre literarischen Ambitionen präsentiert sich Bolaño als ein lateinamerikanischer Intellektueller, ausgesprochen antikonservativ, offen für die widersprüchlichsten Einflüsse – als Ergebnis einer konsolidierten intellektuellen Tradition. Frei, aber irgendwie doch auch schwach. Ein Autor, fähig, das Unmögliche zu erfinden, wenn auch zutiefst beeinflusst durch die Grenzen einer Kultur und einer Welt, die politisch und sozial zwischen einer wilden Moderne und einem latenten Feudalismus schwebt und geprägt ist von den scheinheiligsten religiösen Vorstellungen – immer auf des Messers Schneide zwischen klerikal-autoritären Wertemustern und anarchischer Freiheitssehnsucht.

Roberto Bolaño: *Die Naziliteratur in Amerika*. München: Verlag Antje Kunstmann 1999, 238 S., gebunden 19€, bei Heyne als Taschenbuch zu 8€ für Sept. 2002 angekündigt.

Das Kreuz Jesu

Rudolf Weth hat einen Sammelband zur Kreuzestheologie herausgegeben. HEINZ RÖHR hat ihn gelesen.

Das Buch enthält Beiträge (Vorträge) nicht nur zum Thema Kreuz, sondern auch zum Abendmahl (vier) und einen beachtlichen Text »Zur Friedensethik nach dem Kosovo-Krieg« von H. Bedford-Strohm. Drei Theologinnen stehen neun Theologen gegenüber.

Ich bin angesichts der Vorträge über »Das Kreuz Jesu« ratlos! Da werden theologische Gedankengebäude errichtet, gewaltige geistes- und theologiegeschichtliche Deduktionen vorgeführt – und am Ende steht (hängt!) immer dieser nackte »tote Mann« (Elisabeth Moltmann-Wendel). Der Sodomasochismus- und der Nekrophilie-Vorwurf sind nicht entkräftet. Ich habe es satt, immer wieder auf K. Barth verwiesen zu werden, der in Sachen Christologie wie in Sachen Sexualauffassung bei mir jeden Kredit verspielt hat. Da ist zu viel von un-gelebter, freud-loser Sexualität die Rede. (Man vergleiche Barths harsche Invektive gegen W. Schubarts »Religion und Eros« (2. Aufl. 1944 in: KD III, 4) und gegen S. Freud (bereits 1923). (Hierzu: H. Röhr, *Mein Phallus – mein Gott?*, Zeitschrift für Rel.-Päd. 5/1981, S. 156 ff.) Dabei war Barths eigene »vita sexualis« und Eheethik auch nicht ganz ohne! (s. Renate Köbler, »Die wirkliche Frau. Charlotte von Kirschbaum«, in: Esther Röhr (Hg.), »Ich bin was ich bin. Frauen neben großen Theologen und Religionsphilosophen des 20. Jahrhunderts«, Gütersloh 1997, 2. Aufl. 1998, S. 283 ff.)

Wenn bei K. G. Steck Barth noch als »unser aller geistiger Nährvater« apostrophiert wird, so erkiele ich mir Dorothee Sölle und Elisabeth Moltmann-Wendel als »geistige Nährmütter«. D. h. in Sachen *Theologie* und *Jesulogie* denke ich hemmungslos feministisch. Und gegen Jürgen Moltmann sage ich frei heraus: Ich stehe (als alter Marburger und Religionswissenschaftler) auf der Seite Rudolf Bultmanns (existenzialtheologischer Ansatz) und Rudolf Ottos (religionspsychologischer Ansatz: »Das Heilige«). Mehr als die beiden Marburger Rivalen bin ich nicht fähig und nicht gewillt, über Kreuz und Auferstehung auszusagen. Mit Fox, Goethe und A. Schweitzer – und dem Koran – bin ich gegen eine einseitige Hypertrophierung des Kreuzes.

Und als Mystiker bin ich auch gegen das *Abendmahl*. Ich bewundere M. Welkers Einsatz für die ökumenische Bedeutung des Herren-Mahles; und U. Dittmers Eintreten für ein Kinderabendmahl finde ich zutiefst anrührend. Aber als Quäker, der acht Jahre als Delegierter der (Bundes-)ACK tätig war, muss ich darauf bestehen (auch gegen Lima!): Es gibt keine Sakramente. Das LEBEN in seiner ALL-täglichkeit ist das Sakrament schlechthin! Und: »Wir Menschen essen Gott / in jedem Bissen Brot.«

In Sachen Abendmahl hätte ich mir im übrigen einen Hinweis auf Margot Käßmann, »Die eucharistische Vision« (1992) gewünscht: »Eucharistie feiern bedeutet heute (...) Wissen um die eigene Verpflichtung einer Praxis im Widerstand gegen die Spaltung in Arm und Reich.«

Als durchgehend durch das ganze Buch erweist sich der Satz von der »Unverzichtbarkeit des Opfer- und Sühnebegriffs« (S. 26: Janowski; S. 170: Stuhlmann). Diesen Unterton empfinde ich auch bei dem (sonst herausragenden) Text von Magdalene L. Frettlöh: »Der auferweckte Gekreuzigte und die Überlebenden sexueller Gewalt«. Vielleicht habe ich Frettlöh nicht verstanden: Aber sie entführt mich ins Reich der Kunst und der Poesie! Nicht nur, dass sie Marie-Luise Kaschnitz (leider ablehnend), Ingeborg Bachmann und Hilde Domin zitiert, sie druckt auch ein hervorragend ausgewähltes und kommentiertes Werk von Paul Klee (»Ein Antlitz auch des Leibes« (1939)) ab, weist auf Rene Magrit-

tes »Vergewaltigung« (1934 und 1948) hin und sucht – und findet – mit dem Leser die Nägelmale des Auferstandenen bei Mattias Grünewald. Sprachlich leistet sich Frettlöh eine Reihe von sinn-reichen Extravaganzen: »wahr-nehmen«, »ent-täuschen«, »Nieder-lage«, »ZuMUTung« usw. Sie fragt: »Gott, der/die lebendig macht«, »braucht der ein Opfer?« Sie kämpft gegen eine »Vorbildchristologie« (S. 99), aber für die Deutung des Todes Jesu als eines »stellvertretenden Sühneopfers«. Kommt es hier nicht auch auf das »und« an, wie die Verfasserin mehrfach betont, z. B. in dem Paulus-Wort: »... ausgeliefert um unserer Übertretungen willen und auferweckt um unserer Rechtfertigung willen« (Röm 4,25)?

Frettlöh zitiert mehrfach Gesangbuchlieder (EG 84,12; 82,4; 84,3-4; 85,4: »Nun, was du, Herr, erduldet, / ist alles meine Last«). Kein Mädchen, das von seinem Vater missbraucht worden ist, kann solche Passionslieder singe. »Statt heil zu werden, statt Hilfe zu bekommen (...), werden Scham und Schuldgefühle der Opfer nun auch noch theologisch zementiert und legitimiert. Wer schon gewaltsam flach gelegt worden ist, wird zusätzlich noch theologisch platt gemacht« (S. 100). Ein starker Satz in einem starken Text – in einem eher konservativen, keinesfalls rebellischen Buch!

Rudolf Weth (Hg.), *Das Kreuz Jesu. Gewalt – Opfer – Sühne*, Neukirchener Verlag, Neukirchen-Vluyn 2001, 232 S., kartoniert 19,90€



Elfter September

Nach den Anschlägen in den USA sind bereits viele Bücher darüber erschienen. DARIUS DUNKER stellt einen neuen Band von Noam Chomsky und einen Sammelband des Rowohlt-Verlages vor.

Unmittelbar nach den Anschlägen in New York und Washington bestand ein großes Informationsbedürfnis. Gleichzeitig waren wir uns diesmal im Klaren, dass die schnellen, einfachen Antworten nicht genügen würden, um beurteilen zu können, was da geschehen war, und welche Folgen es haben würde. Wie also kann man wenige Wochen später seriös etwas dazu veröffentlichen? Wohl am ehesten, indem man viele Stimmen zusammenträgt, ohne die eine Meinung zur letztgültigen zu erklären. So wie wir mit der vorigen Ausgabe von CuS verfahren sind, hat auch der Rowohlt-Verlag bereits im Oktober eine Sammlung von Zeitungsartikeln mit den ersten Reaktionen herausgegeben. Ein erster Blick auf dieses Taschenbuch ruft die Erinnerung an die ersten Tage und Wochen sofort wieder hervor: der Umschlag ist komplett schwarz, der Titel nennt weder HerausgeberInnen noch AutorInnen, in weißen Lettern steht dort »Dienstag 11. September 2001«: ein Titel, der noch keine Stellungnahme wagt.

Das Innere eröffnet eine pathetische Ansprache von Toni Morrison an die »Septembertoten«, gefolgt von mehreren Berichten über die Eindrücke am Tag der Anschläge, die – verständlich für

den Zeitpunkt ihrer Entstehung – über Betroffenheit kaum hinauskommen. Anders Irene Dische, die sehr genau hingesehen hat, auch die leiseren Töne gehört hat, und geradezu seismografisch die Veränderungen im Laufe der ersten Tage nach den Anschlägen aufgezeichnet hat. »Vielleicht sind die Medien nur eine gut geschmierte Propagandamaschine,« schreibt Dische, »die sich jetzt für Bush und die religiöse Rechte stark macht. [...] »Amerika im Krieg« heißt die nationale Show und damit auch die nationale Erfahrung. [...] Widerspruch war nicht erwünscht. Aber manchmal rutschte er doch ins Programm.« Etwa, als »jene Frau ins Bild kam, deren Mann Sommelier im Windows on the World gewesen war, dem Restaurant in der höchsten Etage des Turms, der als erster fiel. Die junge Frau war traurig, aber gefasst, und sie sagte [...], sie wisse, dass ihr Mann tot sei [...]. Doch sie sei auch gewiss, dass ihr Mann eine Botschaft an das amerikanische Volk hätte. [...] »Er würde jede Rache ablehnen. Keine Vergeltung. Keine Rache. Er würde mit den Tätern

sprechen wollen. Sein Tod kann nicht rückgängig gemacht werden, indem wir das Blut anderer Menschen vergießen.« [...] »Wir sollten versuchen, mit denen, die uns hassen, zu einem gemeinsamen Verständnis zu kommen.«

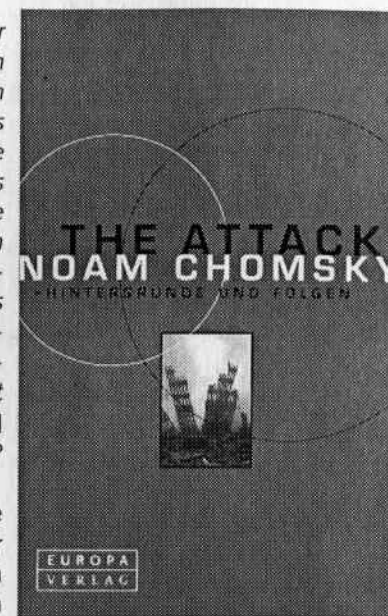
Unter all den Wiederholungen auf den Kanälen tauchte dieses Interview nicht mehr auf. Stattdessen sehen wir Amerikaner, die Flaggen kaufen, die Vergeltung fordern, Rache und Gottes Segen.«

Das sieht Klaus Harpprecht in seinem Artikel »Sind wir alle Amerika-

ner?« ganz anders: »Aber ist es denn wahr, dass sich die Amerikaner nach dem entsetzlichen Fanal des 11. September eine Orgie der Hassgefühle und des Verlangens nach Rache überlassen? Sie sagen den Terroristen ihre unerbittliche Feindschaft an, das trifft wohl zu. Aber überwiegen nicht die Stimmen, die zu Besonnenheit und Umsicht mahnen? [...] Wir sind alle Amerikaner? Wäre es nur wahr.«

Der amerikanische Sprachwissenschaftler Noam Chomsky sieht in seinem noch im selben Jahr auf englisch unter dem noch knapperen Titel »9-11« erschienenen Bändchen die Bezüge zu Europa woanders. »Während der letzten zweihundert Jahre haben die USA die eingeborene Bevölkerung Nordamerikas (Millionen von Menschen) vernichtet, halb Mexiko erobert, Hawaii und die Philippinen besetzt (und dabei Hunderttausende von Filipinos getötet) und nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Form der Gewaltanwendung auf fast alle Regionen der Erde ausgedehnt. Das hat enorme Opfer gekostet, aber nun sind die Kanonen zum ersten Mal herumgedreht worden. Das ist eine dramatische Veränderung.

Das gleiche gilt für Europa, das allerdings im Unterschied zu den USA durch interkontinentale Kriege an den Rand der Zerstörung getrieben wurde. Die europäischen Mächte hat das jedoch nicht davon abgehalten, die Welt mit brutaler Macht zu erobern, ohne Gegenschläge ihrer Opfer befürchten zu müssen.« (Chomsky nennt an dieser Stelle Indien, Kongo, Äthiopien und



Algerien.) »Kein Wunder, daß Europa den 11. September als ebensolchen Schock erfuhr wie die Vereinigten Staaten.«

Aber: »Was Bin Laden und seine organisation betrifft, so sind ihnen Globalisierung und kulturelle Hegemonie der USA ebenso egal wie die Armen und Unterdrückten im Mittleren Osten, denen sie seit Jahren Schaden zufügten. Worum es ihnen geht, sagen sie laut und deutlich: Sie befinden sich in einem Heiligen Krieg gegen die korrupten, unterdrückeri-

schen und »unislamischen« Regimes der Region und ihre Unterstützer.«

Wer schon »War Against People« und andere Beiträge Chomskys aus den letzten Jahren gelesen hat, dem kommt im Übrigen leider so manches schon bekannt vor. Kein Wunder, denn »The Attack« ist letztlich (nur) ein auf beinahe hundert Seiten ausgedehntes Interview zur aktuellen Entwicklung. Insofern wird hier manches konkretisiert, das Chomsky an anderer Stelle allgemeiner dargestellt hatte, etwa die Frage, wie terroristisch eigentlich die Politik der USA selbst ist. Darüber hinaus bietet dieser Band einige Hintergründe über Bin Laden, aber bspw. auch über die Geheimdienste.

Dienstag 11. September 2001 (ohne Hg.), mit Beiträgen von Martin Amis, Paul Auster, Louis Begley, Tahar Ben Jelloun, Naomi Babis, Irene Dische, Ralph Giordano, Klaus Happle, Richard Herzinger, Rolf Hochhuth, Culm McCann, Toni Morrison, Bahman Nirumand, Laura Nolte, Stewart O'Nan, José Saramago, Hans Joachim Schädlich, Wolfgang Schmidbauer, Peter Schneider, Susan Sontag, Ahdaf Soueif, John Updike, Ulrich Wickert. Rowohlt 2001, 10 €

Noam Chomsky: The Attack. Hintergründe und Folgen. Europa-Verlag 2002, 9,90 €

Ich will kein Heft verpassen...

Ich möchte **Christ und Sozialist – Christin und Sozialistin (CuS)** abonnieren. Und zwar:

- ☐ als **Inlands-Abo** zu 15 € pro Jahr inkl. Versand.
- ☐ als **Auslands-Abo** zu 18 € pro Jahr inkl. Versand.
- ☐ als **Förder-Abo** zu _____ € pro Jahr inkl. Versand.

Kündigungen sind jeweils zum Jahresende möglich. Förder-Abos gibt es ab 20 €.

Das bin ich...

Vorname: _____

Nachname: _____

Adresse: _____

Geburtsdatum: _____
(nur für Mitgliedsantrag erforderlich)

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bei Minderjährigen:
Unterschrift der gesetzlichen Vertretung: _____

Freiwillige Zusatzangaben: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin auch Mitglied in folgender Partei / Gewerkschaft / Initiative: _____

Lesen genügt mir nicht...

Ich möchte **Mitglied** werden im **Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD)**. Und zwar:

- ☐ mit **normalem** Beitrag von 46 € pro Jahr inkl. CuS-Abo.
- ☐ mit **ermäßigtem** Beitrag von 25 € pro Jahr inkl. CuS-Abo für Personen ohne oder mit nur geringfügigem Einkommen.

So möchte ich zahlen...

- ☐ Ich werde den oben angekreuzten Betrag jeweils am Jahresanfang auf das Konto des BRSD e.V., Kontonr. 189 389 464 bei der Postbank Dortmund (BLZ 440 100 46) **überweisen**.

- ☐ Ich ermächtige den BRSD e.V. hiermit widerruflich, den oben angekreuzten Betrag von meinem Konto **einzuziehen**.

KontoinhaberIn: _____

Kontonr.: _____

Kreditinstitut: _____

BLZ: _____

Unterschrift: _____

Autorinnen und Autoren

Darius Dunker leitet die Redaktion von CuS und layoutet das Heft. Er lebt in Aachen.

Oscar Martinez ist Sozialwissenschaftler und stammt aus Bogota/Kolumbien. Er lebt seit mehreren Jahren in Duisburg.

Dörte Münch ist Redakteurin von CuS. Sie arbeitet nun als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Religionspädagogik an der Universität Erfurt.

Gottfried Orth ist Professor für Evangelische Theologie und Religionspädagogik an der TU Braunschweig und Leiter des Ernst-Lange-Instituts für ökumenische Studien in Rothenburg ob der Tauber.

Ulrich Peter war viele Jahre im Vorstand des BRSD und in der Redaktion von CuS tätig, der er nun auch wieder angehört.

Heinz Röhr ist emeritierter Theologie-Professor.

Bertold Scharf ist Mitglied des BRSD. Er lebt und studiert in München.

Jürgen Schübelin leitet das Referat Lateinamerika und Karibik bei der Kindernothilfe und lebt in Duisburg.

Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten im Internet:

www.brsd.de



Artikel und Briefe

CuS möchte ein Forum sein für alle, die versuchen, Religion und Sozialismus zusammenzudenken. Deshalb freuen wir uns über Beiträge und Briefe an die Redaktion:

✉ **per Post** möglichst auf Diskette, sonst als sauberen Ausdruck oder Schreibmaschinenausschnitt an:

Redaktion CuS (Darius Dunker)
Schleidener Straße 139
52076 Aachen

☎ **telefonisch** an 02408-9299558

📠 **per Fax** an 02408-9299559
(bitte feine Auflösung einstellen)

✉ **per E-Mail** an cus@brsd.de

Abonnements

In allen Abonnements-Angelegenheiten wenden Sie sich bitte an das BRSD-Sekretariat:

✉ **per Post** an:
Michael Bschorr, BRSD e.V.,
Bobes Feld 14
33818 Leopoldshöhe

☎ **telefonisch** an 05202-884 883

📠 **per Fax** an 05202-884 884

✉ **per E-Mail** an abo@brsd.de

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam.

Bezugspreise (inkl. Versand):
Inland 15 € pro Jahr
Ausland 18 € pro Jahr
Förderabo 20 € oder mehr

Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V., Konto 189 389-464, Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46

Beträge über 15 € (?) sind als Spende steuerlich absetzbar. Quittungen werden auf Wunsch zugesandt.

Mach mit bei den Resos:

**MITGLIEDERVERSAMMLUNG
31.5. BIS 2.6.2002 IN BAD HERSFELD**

(Beachte dazu auch Seiten 18 ff.)

Abo-Verwaltung
Michael Bschorr
Bobes Feld 14
33818 Leopoldshöhe

Redaktionsadresse
Darius Dunker
Schleidender Str. 139
52076 Aachen

siehe Umschlaginnenseite

Neue Zeit In diesen Zeiten wird der Begriff des Neuen selber verfälscht. Das Alte und Uralte, neuerdings auf den Plan tretend, proklamiert sich als neu, oder es wird als neu verkündet, wenn das Alte oder Uralte auf eine neue Art durchgesetzt wird. Das wirklich Neue aber wird, da heute abgesetzt, als das Gestrige erklärt, zu einer flüchtigen Mode heruntergemacht, deren Zeit vorbei ist. Das Neue ist z. B. die Art, wie Kriege geführt werden, und alt soll sein eine Art der Wirtschaft, angedeutet, noch niemals ausgeführt, welche Kriege überflüssig machen will. Auf eine neue Art wird die Gesellschaftsordnung in Klassen befestigt, und alt soll sein, die Klassen beseitigen zu wollen.

Bertolt Brecht
Anmerkungen zu
»Leben des Galilei«